

Bezugspreis: Vom 1.-3. Dezember 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlen. Unter Kreuzband vom 2.-3. Dezember für Deutschland, Dänzig, Saar- u. Memelgebiet, Österreich, Litauen, Zugewinnung 1,35 Goldmark, für das übrige Ausland 1,60 Goldmark. Kreuzbandsendungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Postbezugspreis (treibend).

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ u. „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Helmsitz“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Vogelstrasse Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 8. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polischekonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postamt-Gesellschaft, Dorotheenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopfzeile 0,70 Goldmark, Restzeile 0,30 Goldmark. „Ringe Vorwärts“ das festgesetzte Wort 0,25 Goldmark (außer zwei festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengelände das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Tollar geteilt nach 4,30.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofs 3, abgegeben werden. Bestellfrist von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Niederlage der englischen Konservativen. Glänzender Vormarsch der Arbeiterpartei.

Obwohl das endgültige Wahlergebnis in England bei Redaktionschluss noch nicht ganz vollständig bekannt war, steht doch schon fest, daß die konservative Mehrheit beseitigt ist. Damit ist auch das Kabinett Baldwin erledigt. Wer an seine Stelle tritt, ist vorläufig noch ungewiß, da auch keine der beiden Oppositionsparteien eine Mehrheit erlangt hat. Erfreulich ist vor allen Dingen der siegreiche Vormarsch der Arbeiterpartei, die, nach den vorliegenden Meldungen, bereits über 40 Mandate gewonnen hat. Wir begrüßendwünschen unsere englischen Genossen zu ihrem glänzenden Erfolg!

Nachstehend seien die wesentlichsten Meldungen über die Wahlen wiedergegeben:

V. Sch. London, 7. Dez., vorm. 11 Uhr. (Eig. Drahtbericht.) Die späteren Wahlergebnisse verstärken den Eindruck über den Vormarsch der Labour Party, deren Vorprung gegenüber den Liberalen selbst ohne ihre schottische Hochburg gesichert ist. Die Genossin Susan Lawrence ist die erste Frau, die als Abgeordnete der Arbeiterpartei gewählt worden ist. Die Zahl im Londoner Gewand hat sich in englischen vermehrt.

London, 7. Dezember (Eig.). Unter den Wiedergewählten werden zuerst nach genannt: Ramsay MacDonald, Schatzkanzler Neville Chamberlain, Marineminister Amery, Küsten Chamberlain und Handelsminister Sir George.

Die Konservativen in der Minderheit.

London, 7. Dezember. 3,55 Uhr nachm. (Reuters.) Auf Grund der vorliegenden Wahlergebnisse kann nunmehr endgültig festgestellt werden, daß die Regierung gegenüber der Gesamtheit der Oppositionsparteien in die Minderheit geraten ist.

London, 7. Dezember. (W.T.B.) Um 6 Uhr nachmittags war der Stand der Parteien: Konservativen 233, Liberale 142, Arbeiterpartei 163, Unabhängige 10, zusammen 548. Der Nettogewinn der Liberalen beträgt 46, der der Arbeiterpartei ebensoviel. Die Verluste der Konservativen belaufen sich auf 91 und der Unabhängigen auf 1.

Das amtliche Wahlergebnis.

London, 7. Dezember. (T.L.) Amtlich wird gemeldet: Die Ergebnisse der englischen Wahlen sind nunmehr im wesentlichen bekannt. 591 Sitze von insgesamt 615 im Unterhaus sind zur Stunde bereits besetzt. Der Stand der Parteien ist (um 9 Uhr abends) folgender: Konservativen 258, Liberale 144, Arbeiterpartei 184, Unabhängige 10. Die noch ausstehenden Ergebnisse sind kaum geeignet, an dieser Lage noch etwas wesentlich zu ändern. Der Bestand der Parteien im alten Unterhaus war folgender: Konservativen 348, Liberale 117, Arbeiterpartei 145, Unabhängige 7. Die einzelnen Parteien besitzen für sich eine Stärke, die es keiner Regierung ermöglichen würde, angeführt der geschlossenen Opposition der anderen Parteien im Amt zu bleiben.

Die Regierung bleibt vorläufig im Amt. In einer kurzen Erklärung, die er nach dem Empfang der Nachricht gab, daß er in seinem Wahlkreis Bewdley wieder gewählt sei, sagte Baldwin: „Ich gehe einer ziemlich schweren Zeit entgegen, aber ich habe Schwierigkeiten noch nie gefürchtet.“

Baldwin erledigt.

London, 7. Dezember. (Eig.) Sowohl am Sitz der Liberalen als auch der Arbeiterpartei erzählt man, daß nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten die Schutzpolitik Baldwins erledigt sei. Man mache sich auf eine Demission des Kabinetts in den nächsten Tagen gefaßt. Man glaubt, daß Baldwin in diesem Falle dem Könige raten wird, die liberale Partei mit der Bildung der Regierung zu beauftragen. Asquith, der in Frage komme, würde das neue Parlament sofort wieder auflösen und Neuwahlen veranstalten. Diese Lösung hält man für wahrscheinlicher als die Bildung eines Koalitionskabinetts. Zwischen Liberalen und Arbeiterpartei erscheine eine Koalition unmöglich wegen der Forderung der Arbeiterpartei auf eine Vermögensabgabe, und eine Koalition zwischen Liberalen und Konservativen sei nach dem soeben beendigten heftigen Kampf der beiden Parteien noch unmöglich.

Französische Beklemmungen.

Paris, 7. Dezember. (Eig.) Der heutige Beitrag des „Temps“ befaßt sich bereits mit dem Ende des Kabinetts Baldwin. Der „Temps“ führt in diesem Artikel aus: Seit Baldwin sich dazu entschlossen habe, das englische Unterhaus aufzulösen, habe man seitens des „Temps“ immer dazu geraten, daß die französische Politik sich bereit, die Entente cordiale zu stärken und die Basis eines allgemeinen Abkommens zwischen Frankreich und England bereitzustellen. Wenn die Konservativen siegrich

wären, wäre es für Frankreich ebenso wie für die englischen Konservativen günstig, wenn die neue Periode von den fortwährenden französisch-englischen Unstimmigkeiten frei würde. Wenn sie hingegen besiegt oder halb besiegt wären, so würde keine neue Regierung ihr Werk damit beginnen wollen, daß die bereits festgelegten Grundlagen einer englisch-französischen Zusammenarbeit wieder gestört würden. Die französisch-englische Einigung sei in der Entstehung stecken geblieben. Es sei nunmehr Sache der französischen öffentlichen Meinung, darüber zu urteilen, ob dieser Standpunkt richtig war oder nicht. Wenn sie diejenige Standpunkt gutheißt, sei es notwendig, daß Frankreich, wenn es sich einer neuen englischen Regierung gegenüber befinde, auch verstände, mit ihr zu verhandeln. Denn dies sei vor allem eine Angelegenheit des Programms und des Takties.

V. Sch. London, 4. Dezember.

„Es geht diesmal um die wichtigste Entscheidung des englischen Volkes seit Jahrzehnten!“ Diese Worte hörte ich am Anfang einer Rede, die das Kabinettsmitglied Neville Chamberlain am Dienstag abend zugunsten des konservativen Kandidaten in Islington, einem nördlichen Vorort Londons, hielt. Und fast genau mit demselben Satz begann Lloyd George die Rede, die er heute mittag am entgegengelegten Ende der Stadt, in Camberwell, zugunsten eines liberalen Kandidaten, seines ehemaligen Ministerkollegen Dr. Mac Namara, hielt. Und es ist kein Zweifel daran: Das Ergebnis dieser Wahlen wird für die Zukunft des Britischen Reiches und darüber hinaus aller anderen Länder der Welt von einschneidender Bedeutung sein. Wenn sich Großbritannien, entsprechend den Plänen seiner jetzigen Regierung, mit einer Mauer von Schutzzöllen umgibt, so bedeutet das einmal für die britische Wirtschaft selbst eine vollständige Umgestaltung, aber auch die Wirtschaft der europäischen Länder wird sich sehr bald vor ganz neue Probleme gestellt sehen. Der britische Absatzmarkt wird den kontinental-europäischen Gütern praktisch gesperrt sein, und, was das insbesondere für die deutsche Industrie und den deutschen Handel bedeutet, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden. Ueberhaupt müßten sämtliche Handelsverträge, die England im Laufe der Jahrzehnte mit den anderen Ländern abgeschlossen hat, gekündigt werden und Verhandlungen über neue Handelsverträge aufgenommen werden. Die innerpolitischen Sorgen und Kämpfe, die die deutsche öffentliche Meinung beherrschen, lassen das Interesse für die Lebenswichtigkeit solcher internationalen Fragen nicht aufkommen; dennoch läte man in Deutschland gut, dem Ergebnis der jetzigen englischen Wahlen auch von diesem Gesichtspunkt aus die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Jedenfalls haben die Engländer die Bedeutung dieser Entscheidung für das eigene Land voll erkannt, und es ist kein Zufall und auch keine bloße rhetorische Wendung, wenn sowohl Neville Chamberlain wie Lloyd George, obwohl von entgegengesetzten Ansichten ausgehend, den gleichen Hinweis auf jene Lebenswichtigkeit an die Spitze ihrer Ausführungen stellten.

Es ist hier schon des Öfteren ausgeführt worden, daß die Konservativen innerlich in der Schutzfrage gespalten sind. Zweifellos steht aber ihre überwiegende Mehrheit hinter Baldwins Schutzprogramm. Und zwar deshalb, weil sie im wesentlichen eine Partei der Industrie sind. Alle diejenigen Industrien, die unter der Konkurrenz der billigeren deutschen und neuerdings auch französischer Produkte zu leiden hatten, verlangen seit langem Schutzzölle. Sie haben die ständige Arbeitslosigkeit zum Anlaß genommen, einen entscheidenden Vorstoß im Sinne der Durchsetzung ihrer Forderung zu unternehmen. Das gilt insbesondere für die Schwerindustrie, aus deren Kreisen Baldwin selbst stammt, aber auch für eine ganze Reihe von Zweigen der Fertigfabrikation aus der Gegend von Birmingham und Sheffield (z. B. die optische und die Messerindustrie), die speziell unter der deutschen Konkurrenz (Sena bzw. Solingen) schwer zu leiden haben. (Oder hatten; denn ob bei unseren heutigen deutschen Inlandpreisen diese Konkurrenzfrage noch immer so akut ist, wie z. B. vor acht Wochen, ist fraglich.)

Jedenfalls spricht manches gewichtige Argument — das muß objektiv zugestanden werden — vom Standpunkt dieser Sonderinteressen betrachtet — für die Schutztheorie. Die überaus sachliche Rede, die ich von N. Chamberlain am Dienstag hörte, ließ erkennen, daß die englische Regierung tatsächlich eine Besserung der Arbeitslosigkeit in der Industrie von der Durchführung ihrer Tarifreformpläne erhofft.

Umgekehrt vertreten die Freihändler die Interessen des Handels und gewisser Zweige der Industrie (Schiffbau), die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind. Das sind neben einer Minderheit von Konservativen die einstweilen wieder vereinigten Liberalen. Die Rede Lloyd Georges in Camberwell war vielleicht in der Sache oberflächlicher, nicht so durchdacht wie jene Chamberlains, und dennoch viel wirkungsvoller. Sein Hauptargument ist folgendes: England ist unter dem Freihandel groß, stark und reich geworden. London verdankt seinen kolossalen Aufschwung allein dem Freihandel. Der Protektionismus würde die Grundlage der englischen Wirtschaft mit einem Schlag auf den Kopf stoßen und besonders London ruinieren zugunsten Rotterdams. Er nannte die konservative Idee einen „Wahnsinn“ und bezeichnete sie als die „Revolution von rechts“, gegen die sich England ebenso wehren müsse wie gegen die sozialistische Revolution von links.

Das sind, in wenige Worte zusammengefaßt, die beiden Thesen. Es braucht nicht betont zu werden, daß Lloyd George, der zweifellos nach wie vor der beste englische Redner ist und sich trotz einer anstrengenden Wahlkampagne in großer „Form“ befindet, mit seiner blendenden rhetorischen Kunst und seinem feuerwerkartigen Humor ungeheure Erfolge erzielt. Obwohl auch diese Versammlung zum guten Teil von Gegnern besucht war, wurde er, im Gegensatz zu Churchill und Chamberlain, nicht ein einziges Mal unterbrochen, vielmehr suchten alle Zuhörer seinen Worten und lachten herzlich bei seinen zumeist recht harmlosen Witzen mit.

Im übrigen wird aber der Kampf zwischen Liberalen und Konservativen nicht nur mit Sachlichkeit, wie bei Chamberlain, und nicht nur mit Humor, wie bei Lloyd George, geführt. Daß gegen die Arbeiterpartei mit den infamsten Verleumdungen von den Nationalisten gearbeitet wird, ist hier schon dargelegt worden, und es wird sich lohnen, darauf zurückzukommen. Aber auch der Kampf zwischen den zwei bürgerlichen Parteien wird, besonders in der Presse, mit allen Mitteln der Demagogie geführt. Das Schlagwort der Liberalen ist — und damit sollen namentlich die Hausfrauenstimmen gefangen werden —: „Protektionismus bedeutet Teuerung; wer die Lebenshaltungskosten erhöht haben will, der wähle konservativ!“ Das stimmt zwar nur zum Teil, da die Regierung erklärt hat, die wichtigsten ausländischen Lebensmittel nicht zu taxieren zu wollen, aber trotz aller Dementi ist dies noch am Tage vor der Wahl das Hauptargument der liberalen Blätter und Plakate. Die konservativen Blätter bleiben ihnen aber an Demagogie nichts schuldig. Vielmehr appellieren sie an die niedrigsten nationalistischen Instinkte der britischen Kleinbürgermasse. Auf Tausenden von Wahlplakaten der Konservativen kann man lesen: „Jede Stimme für die Liberalen oder die Labour Party bedeutet eine Stimme für das Ausland.“ Ueberhaupt spielt das Argument, daß die Gegner des Schutzzölles die „Geschäfte des Auslandes“ befürchten, eine große Rolle in der konservativen Propaganda. Und, darüber soll man sich bei uns nicht täuschen: dieses Argument wirkt auch auf unzählige Arbeiter. Ich stand in der Versammlung Chamberlains, die in einem reinen proletarischen Groß-Londoner Bezirk abgehalten wurde, mitten zwischen Arbeitern. Wohl waren nicht wenige davon Anhänger der Labour Party, die wiederholt schlagfertige Zwischenrufe machten und die bei der Erwähnung des Namen Mac Donald oder des „Daily Herald“ Beifall klatschten, aber es waren da auch nicht wenige Protektarier, die mit gerabezu fanatischer Zustimmung den Hinweisen des Ministers befolgten, daß die Briten zunächst an das eigene Land denken und den britischen Arbeiter vor der Konkurrenz des Ausländers schützen müßten.

Ob dieses Argument, das von Chamberlain mit Bestimmtheit, aber ohne Gehässigkeit vorgebracht wurde, das aber seit Wochen von der nationalistischen Presse mit allen Schikanen der Bökerverhehung täglich erläutert wird, sich haltig ist, ist eine andere Frage. Die Arbeiterpartei, die entschieden den Protektionismus bekämpft, vertritt ebenso entschieden den Standpunkt, daß im Freihandel alle in nicht die Lösung der englischen Schwierigkeiten liege. Sie verlangt darüber hinaus eine neue auswärtige Politik, die Erhebung einer Kapitalabgabe, großzügige Kolonialarbeiten zur Förderung der Erwerbslosigkeit und anderes mehr.

So stehen die drei großen Parteien, jede den beiden anderen, in scharfer Kampfstellung gegenüber; wenn es aber keiner von ihnen gelingt, die allein herrschende Stellung zu gewinnen, werden auch für sie die seitigen Probleme der Kompromisse und der Koalitionen aktuell werden.

Bayerisch-französische Zusammenarbeit.

Unter dem Titel „Verbrecherische Gemeinschaft“ beleuchtet in der linksdemokratischen Pariser „Ere Nouvelle“ G. Vial-Mazel die Verbindungen gewisser französischer Reaktionen mit den bayerischen Reaktionen, die heute mit der Waffe in der Hand die Revanche gegen Frankreich predigen und deren Bewaffnung von niemand anders als ihren reaktionären Gefinnungsgenossen in Frankreich begünstigt wurde. Vial-Mazel schreibt:

„Am vergangenen Freitag rief in der Kammer während der Diskussion über die äußere Politik, als Herr Tardieu auf die bewaffneten Verbände in Bayern hinwies, ein Deputierter der Opposition, Cahin: „Sie wurden von der französischen Regierung bezahmt!“ Sofort antwortete der Ministerpräsident Poincaré: „Dies ist eine Verleumdung!“

Da zu wiederholten Malen und am vergangenen Freitag noch Cahin in seiner Zeitung, der „Humanité“, sich in seinen Anschuldigungen auf uns berief, ist es nötig, daß wir diesen besonders delikaten Punkt der Politik des Bloc National in Deutschland genau darstellten. Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Poincaré persönlich im guten Glauben handelt, wenn er jede Zusammenarbeit mit den deutschen Reaktionen als nicht bestehend erklärt. Es ist aber unwillkürlich, daß die Dienstzweige des Quai d'Orsay auf Veranlassung von Persönlichkeiten hin, die der Regierung selbst fernstehen, zu mehreren Malen einwilligten, mit den deutschen Reaktionen in Verbindung zu treten.

Des weiteren haben mit einem offiziellen Mandat in den besetzten Gebieten betraute Beamte den Begnern der republikanischen Weimarer Verfassung unerschütterliche Unterstützung zuzusprechen lassen.

Die Regierung und die öffentliche Meinung müssen in dieser Hinsicht aufgeklärt werden. Aus diesem Grunde verlangen wir, daß eine sofortige Untersuchung in Gang gesetzt werde (und daß, wenn dies geschieht, Strafmaßnahmen ergriffen werden) über die folgenden Punkte, die des weiteren noch die Unterlage zu einer Interpellation in der Kammer bilden können:

1. Der General Mangin (über dessen politische Rolle man sich wundern muß, da er doch noch im aktiven Dienst steht) hat am 5. August 1920 an den Generalsekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Palkolague, einen Brief geschickt, in dem er diesen bat, sich mit dem Doktor Heim, dem Führer der reaktionären bayerischen Katholiken zu verständigen und die bewaffneten bayerischen Organisationen zu stärken.

2. Der gleiche General Mangin ist zu wiederholten Malen im Quai d'Orsay vorstellig geworden, damit der Prinz Isenburg empfangen und unterstützt werde, der vom „Temps“ am 22. Januar 1922 als Hauptagent der bewaffneten Organisationen Deutschlands zum Anführer von Waffen entlarvt wurde.

3. Durch Vermittlung des Doktor Dorten und des Generals Mangin wurde ein Bericht aus Bayern dem Quai d'Orsay übermittelt; in diesem Bericht wurde der gleiche Prinz Isenburg als der deutsch-föderalistischen Sache ergeben erklärt.

4. Dieser Prinz Isenburg, der Agent der deutschen Militärs, wurde 1923 von gewissen Beamten des Quai d'Orsay empfangen.

5. Der Doktor Dorten stellt während drei Jahre — dem General Mangin — zur Übermittlung an den Quai d'Orsay — die vertraulichen Berichte, die ihm aus Bayern, aus Sachsen und aus Hannover von den Geheimagenten der Heim, Rothmer, Dannenberg usw. geliefert wurden.

6. Einer dieser Berichte, der von dem weissen Reichstagsabgeordneten Dannenberg stammt, forderte bereits im Jahre 1920 den Einmarsch der französischen Truppen in die Ruhr, um partikuläristisch-nationalistische Bewegungen in Deutschland hervorzuheben.

7. Der französische General de Meij, der Delegierte der interalliierten Befehlshaber in Speyer, hat die bayerischen Royalisten Mangen-Kay und Kubu unterstützt und Geld in ihre Zeitungen gesteckt; es ging dies so weit, daß ein Deutscher darüber in einer rechtsrheinischen Zeitung folgendes Urteil fällte: „Der General de Meij würde ein föderalistisches Kaiserreich, das ein bayerisches Königreich einschließt, begrüßen. Der Propaganda für den royalistischen Gedanken, und die Rechte des Hauses Wittelsbach werden von dieser Seite keine Hindernisse in den Weg gelegt.“

8. Der Sekretär des Generals de Meij, der Beumant Pasquier, Osterlé mit seinem richtigen Namen, ließ sich in München verhaften im Augenblick, da er ohne Paß am Kongress des Katholikentages von 1922, der vom bayerischen Königshaus präsiert wurde, teilnahm.

9. Im Verlauf des Münchener Prozesses im Juli 1923 wurde der Kommandant Richert — gegen den übrigens eine Strafmaßnahme ergriffen wurde — bloßgestellt, den deutschen Reaktionen für ihre militärischen Organisationen französisches Geld übermitteln zu haben.

Soll ich beifügen, daß Doktor Dorten mich persönlich gebeten hat, auf die französische Presse einzuwirken, damit die Alliierten nicht die Auflösung der bewaffneten Verbände in Bayern verlangen, die, seiner Meinung nach, unerlässlich für den Erfolg einer föderalistischen Bewegung seien. Dieses Geständnis ließ in mir den ersten Verdacht gegen diesen Menschen aufkommen und veranlaßte mich später, ihn zu bekämpfen, als über die Ziele seiner Quertreibereien keine Zweifel mehr übrig blieben.

Wir wiederholen es: eine sofortige Untersuchung, die die Regierung des Herrn Poincaré nicht verweigern kann, muß in Gang gesetzt werden.

Es ist nicht nötig, daß man eines Tages Frankreich, das nur den Frieden will, die Verantwortung für den Revanchetelegraphen zuschieben kann, den die Alldeutschen vorbereiten.“

Das Anlagematerial, das der französische Publizist der Öffentlichkeit unterbreitet, richtet sich nicht nur gegen die französischen Militärs, die durch Förderung reaktionärer separaralistischer Bestrebungen die Auflösung Deutschlands herbeiführen wollen, es richtet sich in noch viel stärkerer Maße gegen die deutschen Reaktionen, die bewußt oder unbewußt Hochverrat treiben, um die verhasste Republik zu stürzen und sich in den Besitz der politischen Macht zu setzen. Wenn jetzt auf französischer Seite eine sofortige Untersuchung verlangt wird, so muß auch in Deutschland alles geschehen, um die angeführten Fälle restlos zu klären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Das Mainzer Eisenbahnabkommen.

Bekanntlich ist vor einigen Tagen zwischen der deutschen Reichsbahnverwaltung und der französischen Eisenbahnregie für das besetzte Gebiet ein Abkommen getroffen worden, das inzwischen die Bestätigung der Reichsregierung gefunden hat, und das die Wiederaufnahme des Verkehrs im besetzten Rheinland und an der Ruhr gewährleistet. Die Wichtigkeit dieses Abkommens geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Produktion des besetzten Gebietes nur dann in Gang gebracht werden kann, wenn das Verkehrsnetz wieder funktioniert. Bei dem Versuche der Eisenbahnregie, den Betrieb mit einem stark reduzierten Personal aufzunehmen, muß man bezweifeln, ob es gelingen wird, rechtzeitig die notwendige Leistungsfähigkeit der Bahnen herzustellen, die allein auch eine erhöhte Gütererzeugung der Produktionsbetriebe ermöglicht. Immerhin ist von deutscher Seite der Versuch gemacht, eine Verständigung zu finden. Man kann nicht sagen, daß er ohne erhebliche Opfer erkaufte wäre. Rechtlich kann die deutsche Regierung die französische Eisenbahnregie nicht anerkennen. Tatsächlich aber hat diese die Gewalt, über das Lebensrecht Tausender von Arbeitnehmern zu entscheiden, an deren Existenz das Deutsche Reich das größte Interesse hat. Aus dieser Zwangslage heraus entstand der Vertrag, der gegenüber den früheren Vorschlägen der Franzosen in vielen Punkten Konzessionen enthält, der aber weit davon entfernt ist, auch nur rein technisch, geschweige denn völkerrechtlich ein Ideal vorzustellen.

Auf Grund dieses Vertrages wird ein kleiner Teil der Eisenbahnen im besetzten Gebietes in die französische Regie übernommen, die Regierung behält sich das Recht vor, auch die übrigen Beamten wie bisher zu entlassen.

Von den 180 000 Beamten werden 40 000 in den Dienst der Regie treten. Die Beschäftigungslosigkeit der übrigen bedeutet eine gewaltige Belastung für die Reichsbahn, die man aber ohne eine neue Tarifserhöhung bestreiten zu können hofft, wenn im übrigen die Betriebs- und Verwaltungsreform durchgeführt wird. In dem Protokoll des Abkommens ist auch die Zusage enthalten, daß die Regie in der Frage der Ausgewiesenen nach erneuter Prüfung der Akten Schritte unternehmen wird. Die deutschen Vertreter verlangten ebenso wohlwollende Maßnahmen für die zu Gefängnisstrafen verurteilten Bediensteten der Reichseisenbahnverwaltung.

Der Vertrag regelt dann alle Einzelheiten des Verkehrsverhältnisses, das sich z. B. dadurch sehr kompliziert gestalten wird, daß die Beförderungsgebühren beim Uebergang von der Regie und von der deutschen Reichsbahn jeweils gesondert erhoben werden. Eine gegenseitige Verrechnung findet nicht statt. Dadurch werden sich sowohl für den Personen- wie für den Güterverkehr mancherlei Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten ergeben, die eine Folge der von Frankreich betriebenen Balkanisierung der Eisenbahn sind. Der Vertrag öffnet u. a. der deutschen Reichsbahn wieder den Weg Bohwinkel-Emmerich und vor allem die wichtige Durchgangsverbindung Freiburg-Schweiz über Offenburg, die bisher unterbrochen war. Im übrigen fallen die Bahnen des von Frankreich und Belgien besetzten Gebietes der Regie zu, ohne daß die Reichsbahn ihr Eigentum daran aufgibt. Es wird erforderlich sein, mit den englischen Besatzungsbehörden Abmachungen über die Verkehrsabfertigung zu treffen, um Reibungen auszuschalten. Der Vertrag bedeutet alles in allem für Deutschland ein schweres Opfer an Selbstständigkeit, das auf die Reparationsfrage nicht ohne Einfluß bleiben kann, weil der Reichsbahn damit eines der ergiebigsten Teile ihres Reges entzogen und unter fremde Verwaltung gestellt wird.

Die am 1. Dezember in Mainz unterzeichnete Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der Deutschen Eisenbahnverwaltung und der Rheinischen Eisenbahnregie hat heute die Genehmigung der Reichsregierung gefunden.

Die Zukunft des Rheinlandes.

Am 14. wird mitgeteilt: In eingehender Beratung sind gestern vom Reichskabinett und Vertretern der Länder die schwebenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Fragen des besetzten Gebietes mit Vertretern der Städte- und Landkreisevereinigung des besetzten Gebietes sowie dem Präsidium des Wirtschaftsausschusses besprochen worden. Die Vertreter nahmen Kenntnis von den Absichten der Regierung namentlich hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge, der karitativen Hilfsmaßnahmen und des wertbeständigen Notgeldes. In weitestem Umfang wurde ein Einvernehmen erzielt.

Reichswehrkurs in Sachsen.

Dresden, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Kette des Dresdener Oberbürgermeisters, der bekannte Oberregierungsrat Fugger, der für die Deutsche Volkspartei tätig gewesen ist und schon unter Heinz Wädicke Funktionen ausübte, ist durch das Wehrkreiskommando zum Polizeipräsidenten von Dresden ernannt worden.

Die sächsische Regierung hat auf Grund des § 14 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik die Organisation „Stahlhelm“, Bund der Frontkämpfer, für das Gebiet des Freistaates Sachsen verboten und aufgelöst.

Die Strafverfolgung Graefes genehmigt. Der Geschäftsausschuss des Reichstages betraut, die Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschpölistischen Abgeordneten v. Graefe wegen Hochverrats zu erteilen. Anträge auf Nichtgenehmigung einer eventuellen Verhaftung lehnt der Ausschuss ab, weil der konkrete Fall nicht vorliegt.

Bücher zum Schenken.

Von R. H. Döschel.

Jugendbücherei.

Der Man, unserem Parteiverlage eine eigene Abteilung für Jugendbücherei einzurichten, ist leider an der Ungunst der Verhältnisse gescheitert. Wir sind also weiter auf die bürgerlichen oder unparteiischen Verlage angewiesen. Nun hat sich zwar dank auch der Tätigkeit der Jugendbüchereiausschüsse das Niveau dieser Literatur bedeutend gehoben. Ihre Ausstattung und künstlerische Ausstattung hatte sich schon vor dem Kriege erheblich verbessert. Aber es fehlt an ganz billigen Büchern, oder sie bleiben meist unter ösen Ansprüchen. Ein Teil der technisch guten Bücher ist inhaltlich wegen der politischen oder religiösen Einstellung für unsere Leser unbrauchbar.

In der Sammlung „Der Blumengarten“, die im Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg herauskommt, wird ältere Literatur bearbeitet und erneuert gegeben. Ihr Herausgeber Wilh. Belpser verfügt über Geschmack und sprachliche Kultur, aber seine deutschpölistische Gesinnung beinträchtigt ihn natürlich. Im „Dyl Ulenpiegel“, dem alten Volksbuche, das in seiner Verbildung unter Weglassung einiges Anstößigen möglichst gewahrt ist, tritt das nützlich hervor. Eher schon in der „Gudrun“. Das buntgewirkte Märchen, in dem noch die altmodische Sage hervorleuchtet, wird hier mit einer Freude am Kampf und rohen Heidentum wiedererzählt, daß es uns trotz der verhältnismäßigen Menschlichkeit Gudrun für unsere Jugend ungeeignet erscheint. Keine Freude hat man dagegen an dem „Münchhausen“, der in der klassischen Form Bürgerers „in möglichster Treue und ohne Verflachung“ vorliegt. Alle diese Bände sind gut und geschmackvoll ausgestattet und mit dem Textbilde trefflich angepaßten Federzeichnungen geziert.

Eine Reihe empfehlenswerter Bücher legt der Kosmos (Französische Verlagshandlung, Stuttgart) auf den Weihnachtstisch. Aus Karl Schwalds naturgeschichtlichen Märchen, die nun schon seit Jahren sich immer mehr Freunde erworben haben, ist eine Auswahl getroffen worden: „Was der Storch in Afrika erlebte“, Clara Heyner hat es mit sicherer Hand besorgt; Billy Plancks bekannten frischen, flotten Randbilder beleben die aus intimer Naturkenntnis, aus Liebe zu allem Lebenden und schöpferischer Phantasie geschaffenen, für jung und alt gleich geeigneten Erzählungen. Nach Südwestafrika führt uns H. A. Aschendorfs mit seinen Geschichten: „Satan und andere afrikanische Erzählungen“. Was er hier als Farmer und Jäger erlebt, hat er fesselnd und eindrucksvoll verarbeitet. Man braucht kein Kolonialfreund zu sein, um dem Verfasser gern zu folgen in die fremde Welt, die er in ihrer Landschaft, ihrem Tier- und Menschenleben so gut beherrscht und anschaulich schildert. Unserer Jugend, die wandert und das freie Leben in und mit der Natur aufs neue sucht, wird des bekannten amerikanischen Tierbilders E. Th. Setons Indianerbuch „Zwei kleine Wilden“ (mit des Verfassers eigenen Vollbildern) willkommen sein. Zwei Jungen — einer aus der Stadt und einer vom Lande — gehen darauf aus, Indianer zu spielen. Sie bauen ihren Wigwam, fertigen selber ihre Waffen an und erleben kitzliche Abenteuer. Das Wertvollste ist die enge Fühlung, die

sie so mit der Natur gewinnen. Wie die wilden Indianer ausfallen, das führt in einem reichen, aus alter und neuer Zeit gemischten und mit kurzen Erläuterungen versehenen Bildmaterial Hermann Dengler vor: „Indianer“. Der 1. Band behandelt die Stämme des Ostens und der Prärien Nordamerikas. Hier erfährt man in authentischen Bildern, wie die großen Häuptlinge sich kleiden und schmücken, ihre Feste und Kriegszüge beginnen und ihr Leben gestalten. Mit großer Kennerhaft ist die Auswahl getroffen, wünschenswert wäre nur noch eine Berücksichtigung der Museumsammlungen (Waffen, Zeichnungen usw.). Eine vielseitige und geschickt arrangierte Zusammenstellung naturwissenschaftlichen, technischen und erzählenden Stoffes bietet wieder der diesjährige Band des „Jugendkosmos“. Er enthält alles, was die Jungen interessiert (unter Ausschaltung des Historischen). Eine wertvolle Ergänzung dazu bildet der neue (vierte) Band des Stahlbuchs, das unerschöpflich ist als Wegweiser für Handfertigkeit, Spiel und Arbeit und der Forderung noch Arbeitsausbildung in weitestem Maße gerecht wird. Von der nützlichen Verwendung alter Glühlampen bis zur Anfertigung einer Drehbank findet man so ziemlich alles, was ein Bastler sich nur ausdenken kann. Wenn wir nicht aufpassen, werden unsere arbeitsfreudigen Jungen uns noch unsere ganze Einrichtung verbasteln, um ihren Schöpferdrang daran auszulassen.

Erzählungen.

Besondere Pflege widmet der Herausgeber guter Erzählungen für die Jugend der Verlag Carl Fleming u. C. L. Winkler, Berlin. In der Sammlung „Flemings Bücher für jung und alt“, auf die wir voriges Jahr bereits hinwiesen, sind einige neue Schriften aufgenommen worden. Wir heben daraus Theodor Storms Reiternovelle „Pole Poppenspäler“ hervor, zu der die alten Bilder von C. Osterdinger vorzüglich passen. Auch die Serie Flemings „Dreibögenbücher“ (Grundjahr 45 Bf.) ist neu bereichert. Die kleinen Hefchen nehmen sich in dem weichen Karton mit dem fettesten Titelbild reizend aus. Wir nennen als neu: Th. Storm, eine Halligfahrt; Gottfried Keller, Der Schmied seines Glücks; Poe, Der Goldfäher — lauter vollwertiges literarisches Gut. — Billiges und Gutes liefern weiter Schafteins Blaues Hefte und Reclam, der auch Jugendbücher speziell verlegt.

Das Arbeiter-Jugendbuch.

Eine gediegene Weihnachtsgabe für die Jugend bietet der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit Zentralbildungsausschuss der SPD. mit seinem Jahrbuch für die Juben und Mädel des arbeitenden Volkes, das sich unter dem Namen „Kinderland“ schon eine große Gemeinde begeisterter kleiner Freunde geschaffen hat. In der Auswahl des Textes wie des bildlichen Beiwerts ist geradezu hervorragendes geleistet wie des bildlichen Beiwerts ist geradezu hervorragendes geleistet. Eine Reihe von künstlerisch hochwertigen Tierbildern — so Hans Thomas „März“, Max Liebermanns „Spielende Kinder“, ein „Mädchenbildnis“ von Hübner — stehen neben anderen Reproduktionen bekannter Künstlerwerke. Anschaulich geschriebene Erzählungen, Märchen und Gedichte — u. a. von Ludwig Bessan und Ernst Brezgang — sind durchsetzt mit Zuschriften aus Kinderhand, die über eigene Erlebnisse und Erfahrungen der Kleinen berichten. Von ganz

besonderem Reiz auch für Erwachsene sind die von Kleinen — zehnbis zwölffährigen — Freunden des „Kinderland“ eingesandten Zeichnungen, die vielfach von außerordentlichem Talent zeugen. Die Ausstattung dieses Kalenders für 1924 erinnert an die besten der Vorkriegszeit. Das „Kinderland“ sollte auf keinem Weihnachtsfest fehlen. Neben und Neben in sozialistischen Familien werden dauernd geistige Anregung daraus schöpfen. Der Preis ist 1 M., multipliziert mit der Buchhändler-Schlüsselzahl.

Neue Nachrichten aus der unbekanntem Aktis.

Die Schicksale der Expedition von Amundsen Schiff „Maud“, die kürzlich durch ein Telegramm des Leiters, Kapitän Wisting, beleuchtet wurden, werden jetzt ausführlicher in zwei Berichten geschildert, die in Christiania eingetroffen sind. Diese neuen Mitteilungen Wistings aus noch unbekanntem Gebieten der Aktis, die sich besonders mit den bereits von Amundsen unternommenen Flugversuchen beschäftigen, wurden mit dem drahtlosen Sendeapparat der „Maud“ über die Radiostation von Spitzbergen gegeben. Der erste Bericht, der Ende Juni abging, erzählt: Von März an trieben wir langsam nach Nordwesten und sind jetzt auf 75 Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 165 Grad östlicher Länge. Es gibt hier nicht viel zum Leben aber wir sind mit den Ergebnissen unserer Jagden zufrieden. Die Hunde sind wieder in gutem Zustand, und wir selbst haben reichlich frisches Fleisch. Der Sommer kam plötzlich. Den Mai über hatten wir lange Zeit schönes, aber frisches Wetter. Dann wandelte sich in den ersten Junitagen das Wetter zu dem richtigen arktischen Klima mit Temperaturen unter dem Nullpunkt und Nebel. In den letzten Tagen des Mai hatten wir, als es noch wärmer war, auf einer großen Eishölle, etwa einen Kilometer von der „Maud“ unser Flugzeug fertig gemacht, aber dann kam der Nebel. An zwei erträglich klaren Tagen, am 3. und 12. Juni, wurden Versuchsflüge unternommen. Aber es zeigte sich, daß der Kompaß unzuverlässig war und daß die Oberfläche des Eises selbst aus geringer Höhe so gleichförmig erschien, daß jede Orientierung schwierig wurde. Unter diesen Umständen wäre es leichtsinnig gewesen, zu weit von der „Maud“ wegzufliegen, weil man unmöglich den Weg zurückgefunden hätte. Trotzdem versuchten wir an dem ersten schönen Tage, am 22. Juni, von neuem aufzusteigen. Der Start war aber unglücklich. Es mußte sofort eine Zwangslandung vorgenommen werden, und dabei wurde die Maschine so beschädigt, daß sie einer lange dauernden Reparatur bedurfte.“

Der zweite Bericht von Ende Oktober schildert die sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse im Sommer mit schwerer Kälte und Nebel, die das Fliegen hinderten. Am 16. Juli wurde ein Aufstieg unternommen, aber ein Verstoß der Maschine zwang sofort zur Landung, bei der der Apparat so beschädigt wurde, daß er nicht mehr zu reparieren ging. Der Flieger und sein Begleiter fliehen unverletzt. „Während des Sommers“, erzählt Wisting, „trieb die „Maud“ langsam nordwärts aber die Herbstmonate brachten uns große Enttäuschung. Am 6. September befanden wir uns in 76 Grad 10 Minuten nördlicher Breite und 163 Grad 30 Minuten östlicher Länge, aber dann wurden wir von einem starken, langanhaltenden Nordwestwind ergriffen, der uns in den nächsten 4 Wochen südwärts bis 75 Grad 10 Minuten nördlicher Breite und 99 Grad 30 Minuten

Alle Waren sind schon da!

Wenn man jetzt die Schaufenster betrachtet oder durch die Märkte geht, traut man zunächst seinen Augen nicht. Noch vorige Woche gab es bei den Fleischern kein Fett, keinen Speck. Brauchte jemand Kinderwäsche, dann war keine da. Das Obst war angeblich völlig mangelnd, und die wenigen Äpfel, die zu Billionenpreisen auf den Markt kamen, waren spottbillig, trotzdem aber im Nu weg. Heute — nachdem die Gegenüberstellung deutscher und ausländischer Preise im letzten Sonntag „Vorwärts“ das Verlangen nach Preisabbau zum erfolgreichen Auf der Allgemeinheit gemacht hatte, heute ist alles wieder da: Berge von Fett und Speck, Pyramiden von Äpfeln, Lager von Wäsche bieten sich den Kauflustigen, die darum wieder laufflüchtig sind, weil die Preise angefangen haben, herunterzugehen. Und auf dieses Anfangen hat zweifellos unsere Forderung stark eingewirkt, daß die billigeren Auslandswaren von Reich, Staat und Gemeinde eingeführt und als Konkurrenz gegen den Privathandel verkauft werden sollen. Dieser aber stemmt sich dem weiteren Preisabbau mit aller Kraft entgegen, wie ein geschlagen stüchzendes Heer noch Rückzugsgeschichte liefert. Man sprengt aus, daß alles bald wieder teurer sein werde, und sucht dadurch die Zögernden zum Kaufen zu zwingen — ehe der Druck auf die Preise noch stärker wird. Gerade die Zurückhaltung der Fleischhändler hat jedoch in der vorigen Woche die Vorräte der Fleischhändler so ungeheuer anwachsen lassen, daß sie — ebenso wie die Obst- und Wäschehändler — jetzt billiger mit ihrem Kram herausstricken müssen.

Vorige Woche gab es noch nichts, und jetzt ist alles da: Alles liegt klar zutage, nicht nur die schönsten Waren, sondern auch der schamlose Wucher, der solange preistreibende Zurückhaltung getrieben hat!

Die Reingefallenen.

Die „Berliner Börsenzeitung“ macht nach unserer deutschen Zurechtweisung nicht den geringsten Versuch, ihre Behauptung vom bevorstehenden Eingehen des „Vorwärts“ aufrechtzuerhalten. Sie spricht in einer auf der ersten Seite ihrer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Erklärung nur noch davon, daß sie ein „Gerücht zitiert“ habe. Im übrigen begnügt sie die Erklärung damit, die Behauptung, daß das edle Blatt der Börsenspekulanten in „industriell-antifeminitische Hände“ übergegangen sei, abzuleugnen und zu versichern, daß in dem Besitzverhältnis und in der Leitung der „Berliner Börsenzeitung“ keinerlei Veränderung eingetreten sei. Wir können diese Behauptung der „Börsenzeitung“ nicht nachkontrollieren und wissen nicht, ob sie anders zu bewerten ist als die Mitteilung über den „Vorwärts“. Wir wissen aber, was in Berlin im übrigen jeder Mensch weiß, daß die redaktionelle Haltung der „Börsenzeitung“ seit einiger Zeit eine ganz andere geworden ist, und daß die Charakterisierung des Blattes durchaus zu Recht besteht. Wenn die „Börsenzeitung“ findet, daß diese Charakterisierung ihr geschäftlich Schwierigkeiten bereitet, dann mag sie ihre redaktionelle Haltung ändern.

Thüringischer Regierungsrücktritt.

Weimar, 7. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagnachmittagssitzung des thüringischen Landtages wurde zum ersten Mal der Versuch gemacht, die thüringische Rumpfbildung zu ergänzen. Von sozialdemokratischer Seite wurde der bereits einmal gemachte Vorschlag erneuert, den Minister des Inneren Frölich mit der Führung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums zu betrauen und dem Minister des Inneren Hermann die Geschäfte des Justizministeriums zu übergeben. Beide Ministerien sind seit dem Austritt der Kommunisten aus der Regierung unbesetzt. Weiter sollte, um den Anforderungen der thüringischen Verfassung zu genügen, für die ehemaligen Gebiete Gotha und Meiningen je ein Staatsrat gewählt werden. Hierzu wurden die Genossen Abgg. Koch für Gotha und Rennert für Mei-

ningener Bände trieb. Die Jagd war auch nicht erfolgreich, da die Robben meist versanken, nachdem sie getroffen waren. Die wissenschaftlichen Beobachtungen wurden trotz der schwierigen Wetterverhältnisse regelmäßig ausgeführt.

Die Volksbühne „Norden“ brachte unter der Spielleitung Otto Kirchners eine Neueinstudierung von Schillers „Räuber“ heraus. Die Aufführung offenbarte leider wieder einmal das technische Unzulängliche der kleinen Bühne, auf der Massen Szenen nicht herauskommen. Im angenehmen Gegensatz zu diesen unzulänglichen Szenen standen die Aufzüge im Schloß des alten Röhr. Sie waren geschickt aufgebaut und zeigten, daß die kleine Bühne mit Erfolg nur solche Stücke herausbringen darf, die ohne Beeinträchtigung der Wirkung mit weniger Personen gespielt werden können. Das ist ein sehr eng gezogenes Rahmen und seine Ausfüllung wird an jeden Spielleiter große Anforderungen stellen. So war denn die Wiedergabe der „Räuber“ innerlich nicht harmonisch — und das ist im Hinblick auf die große Mühe, die auf das Gelingen des Ganzen verwendet war, sehr zu bedauern. Von den Darstellern mögen Ferdinand Gregory (der alte Röhr), Walter Frank (Arns), Rose Weidtkirch (Amalie), Leopold v. Ledebour (Schweizer) und Otto Kirchner (Spiegelberg) lobend erwähnt werden. Otto Bänderer spielte den Räuberhauptmann mit viel zu großem Pathos.

Erfolge der deutschen Schlafkrankheitsexpedition. Das neue synthetisch hergestellte Mittel gegen die Schlafkrankheit, das unter dem Namen Mittel Bayer 205 bekannt ist, wurde von Prof. Kleine und seinen Mitarbeitern in Englisch-Nordrhodesien und in der belgischen Kongoprovinz Katanga erprobt. Die günstigsten Ergebnisse, die bereits im Hamburger Tropenkrankenhause erzielt waren, wurden — wie Professor Kleine nach seiner Rückkehr von der zweijährigen Forschungsreise einem Vertreter des I.T.B. mitteilte — aufs Beste bestätigt. „Bei vorläufigster Beurteilung des neuen Mittels bei Schlafkrankheit — äußerte er sich — muß ich sagen, daß es zum mindesten alle bisherigen Mittel, so insbesondere das bisher angewandte Atogol bei weitem übertrifft. Welche ungeheuren Folgen dieses Mittel für die reichen Schlafkrankheitsdurchfallenden Gebiete Afrikas bedeutet, können Sie sich selbst ausmalen.“ „Auf dem Gebiete der Tierkrankheiten, Tsetse, waren die Erfolge nicht so in die Augen springend, immerhin aber sehr bemerkenswert. Während bisher gesunde Rinder in Tsetse-Gezeiten in allerzürstester Frist erkrankten, zum Tode abgemagert und eingingen, haben sich die gesunden Tiere monatelang in gutem Zustande erhalten, so daß sie also nach noch Monaten als Schlachtvieh Verwendung finden konnten. Das bedeutet einen großen Erfolg.“

Im Deutschen Opernhaus soll am Sonntag die Berliner Aufführung ein Stück von „Sobald die Welt in Ordnung ist“ unter Leitung von Leo Nisch in Szene.

Victor Klabusch hat am 12. Dez., abends 8 Uhr, in der Berliner Regellion, Aufbruch zum 232. und eigenen Werken. Karten zu M. 4, 2, 1. — täglich von 11—2 Uhr im Sekretariat erhältlich.

Kein Friedenspreis! Der Friedenspreis soll in diesem Jahre nicht verteilt werden. Nach Ansicht des zuständigen norddeutschen Stützkomitees hat sich also in dieser „friedlichen“ Zeit niemand in einem Maße um den Frieden so verdient gemacht, daß ihm der Preis zustünde.

ningen in Vorschlag gebracht. Diese Vorschläge wurden mit 81 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, des Landbundes, der Demokraten und der Kommunisten gegen 22 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende des Staatsministeriums, Staatsminister Frölich, erklärte darauf den Rücktritt der bisher noch amtierenden Mitglieder der Staatsregierung. Sie werden bis zur Bildung einer neuen Landesregierung gemäß den Bestimmungen der thüringischen Verfassung die Geschäfte ihrer bisherigen und auch der freien Ressorts weiterführen.

Vor der Abstimmung erklärte der Landbund im Namen der Reichsparteien, daß sie eine Klärung der Lage herbeiführen wollen und auf alle Fälle gegen eine Regierungsergänzungswahl stimmen würden.

Im Reichstag hatte neulich Herr Gehler erzählt, Genosse Hermann, der Minister des Inneren, habe in einer Versammlung mit dem Kommunisten Rorsch zusammen die „Rote Armee“ hochleben lassen. Genosse Hermann erklärt, daß diese Geschichte unwahr ist. — Was sich Herr Gehler eigentlich auch hätte denken können!

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages machte der Präsident des Landespolizeiamtes Oberregierungsrat Grzesinski interessante Angaben über die Weiterentwicklung der letzten Wochen und Monate und die behördlichen Gegenmaßnahmen des Wucheramtes. Grzesinski führte u. a. folgendes aus:

In Wirklichkeit sind selbst in den heute schon etwas herabgefallenen Grundpreisen noch erhebliche Papiermarktskizze- und Entwertungszuschläge vorhanden, die nicht gerechtfertigt sind. Dadurch ist

Deutschland heute das teuerste Land der Welt

geworden, obwohl es nach Lage der Sache eigentlich mit am billigsten sein müßte.

Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen den reinen Goldmarktpreisen vor dem Kriege und den Preisen, die sich Ende Oktober und Ende November, beim höchsten Stand der Preisgestaltung gezeigt haben. Die Preise verstehen sich in Pfennig für 1 Kilogramm und sind amlich:

| | Friedenspreis | Preis am 31. Oktober | Preis am 30. Nov. 1923 |
|-----------------------|---------------|----------------------|------------------------|
| Roggen | 28 | 86 | 47 |
| Weizen | 30 | 46 | 65 |
| Gerste | 40 | 52 | 76 |
| Jahres | 45 | 80 | 184 |
| Rindfleisch | 175 | 284 | 500 |
| Ferkel | 185 | 929 | 1600 |
| Butter | 270 | 861 | 600 |
| 1 Ei | 8 1/2 | 10 1/2 | 40 |

An den Preisen für Butter und Eier haben in hohem Maße die große Zahl der Händler und Käufer auf dem Lande

schauf. Diese überbieten sich gegenseitig und versuchen, von den Landwirten unter allen Umständen die Ware herauszuholen, in der Hoffnung, beim Verkauf in der Stadt oder in günstig gelegenen Gebieten unter allen Umständen erhebliche Gewinne hereinzubekommen. Sie zahlen jeden Preis, der es ihnen ermöglicht, die Ware überhaupt zu bekommen.

Die große Zahl der Händler verdient besondere Aufmerksamkeit aller Kreise, auch derjenigen, die den Händlern politisch und wirtschaftlich nahesteht.

Die landwirtschaftlichen Produkte werden zum Teil zu Friedenspreisen und teilweise darunter abgegeben. Aber die hohen Handelspreise haben inzwischen bewirkt, daß auch die landwirtschaftlichen Kreise in neuester Zeit nicht unerbittlich nachgegeben sind. Die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer, die regelmäßige Angaben über die Preise für gewisse landwirtschaftliche Produkte an gewissen Stichtagen der amtlichen Stelle zu stellt, hat festgestellt, daß im September der Erzeugerpreis für Roggen 86 Proz. des Friedenspreises betragen hat (hört, hört! bei den Deutschnationalen), in der zweiten Hälfte des November der Preis bereits 111 Proz. betrug, also über dem Friedenspreis stand. Der Milchpreis hat im September 80 Proz., in der zweiten Hälfte des November 93 Proz. des Friedenspreises betragen, der Preis für Butter 82 Proz. im September, 121 Proz. in der zweiten Hälfte des November, der Preis für Ochsenfleisch im September 58 Proz. des Friedenspreises, in der zweiten Hälfte des November 129 Proz., der für Schweine 110 Proz. im September, 224 Proz. in der zweiten Hälfte des November. Diese Preise, die ich hier bekannt gebe und auf die die Hauptlandwirtschaftskammer sich meist stützt, sind Rotierungspreise. Diese Rotierungspreise werden im tatsächlichen Handel überschritten, und zwar auf Grund der Umstände, auf die ich vorhin hingewiesen habe.

Wir müssen herunter von den hohen Preisen.

Nur müssen zu normalen Preisen kommen, denn nur so können wir zu normalen Verhältnissen. Nicht allein, daß die Verbraucher vorleben, weil sie die Waren zu den Preisen nicht kaufen können, auch der Umsatz sinkt, und Deutschland wird dadurch auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig.

Die Staatsregierung hat diese Entwicklung von jeher mit aller Aufmerksamkeit verfolgt und ist, was in ihren Kräften stand, bemüht gewesen, der Preisgestaltung entgegenzuwirken. Unter dem 17. November, als die Erhöhung der Grundpreise gefährdend zu werden schien, habe ich als Vertreter des Landespolizeiamtes durch den amtlichen preussischen Pressedienst eine Notiz

Herunter mit Goldpreisen!

verbreiten lassen und wenn jetzt ein Absinken der Preise erfolgt, so ist das nicht zum geringsten auf das energische Eingreifen der Polizei besonders hier in Berlin zurückzuführen. Die Preisherabsetzung der letzten Tage erfolgte mit durchaus ungenügend, und die Polizeiorgane werden in ihrer Energie weiter auf eine Herabsetzung der Preise zu dringen, nicht nachlassen. Es ist aber notwendig, daß alle Kreise der Bevölkerung, die an niedrigen Preisen interessiert sind, mithelfen. Nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Erzeuger und die Kleinhandwerker, die als reelle Händler angesprochen werden können und sollen, können den Behörden Fingerzeige geben.

Da wir ohne Bewirtschaftung der Waren keine Höchstpreise und auch keine Mindestpreise festlegen können, andererseits ein wesentliches Überschreiten der Friedenspreise wenigstens für eine Inlandsware mit nicht gerechtfertigt erscheint, so halte ich in der Tat eine Bekanntgabe der Friedenspreise, und zwar für Erzeuger, Händler und Kleinhandwerker, für das im Augenblick allein mögliche, aber auch wesentlichste Mittel, um die Öffentlichkeit zu alarmieren, damit auch sie den nötigen Preisdruck mit herbeiführen hilft. Die Veröffentlichung wird in den nächsten Tagen erfolgen nicht vom Landeswucheramt, sondern vom Reich, weil das Reichswirtschaftsministerium diese Zahlen von sich aus veröffentlichen möchte. Sowohl die Preisprüfungsstellen wie die Polizeiverwaltungen benötigen dieses Material, aber nicht nur diese, sondern auch die breiteste Öffentlichkeit benötigt schließlich ebenso dieses Material aus der Fortschrittlichkeit, um beurteilen zu können, in welcher Weise heute eine Preisfestsetzung erfolgt, und wie sie damals gewesen ist. Wir werden allerdings nicht ganz mit Friedenspreisen rechnen können; wir werden berücksichtigen müssen, daß Verteuerung, und Verteuerungsmomente die Preise jetzt wesentlich zu beeinflussen geeignet sind. Der Herr Landwirtschaftsminister hat bereits in seiner Rede

Verminderung der Abgeordnetenzahl.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat gestern in die Beratung der zweiten Änderung des Reichswahlgesetzes ein und lehnte eine Änderung der Wahlkreis-einteilung für Berlin ab. Im Verlaufe der Aussprache schlug Reichstagspräsident Lobe vor, die Zahl der Abgeordneten des Reichstages auf die Hälfte zu vermindern. Abg. Dittmann hielt diesen Vorschlag für zu weitgehend, und er hat zu erwägen, ob man nicht, fortan für je 80.000 Wähler statt bisher 60.000 einen Abgeordneten wählen könne. Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) widersprach einer Herabsetzung der Abgeordnetenzahl. Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) und Abg. Schiffer (Dem.) waren mit einer Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten grundsätzlich einverstanden. Ebenso erklärte sich der Abg. Dr. Weill (Z.) dafür, war aber gegen eine überstürzte Beschlußfassung. Mit Rücksicht darauf, daß eine Stellungnahme der Fraktionen nicht vorlag, wurde die Aussprache ohne Beschlußfassung geschlossen, jedoch kam von verschiedenen Seiten die Erwartung zum Ausdruck, daß die Frage der Verminderung der Zahl der Abgeordneten weiter verfolgt werden soll.

Herunter die Goldpreise!

vorhin auf die allgemeine Verteuerung hingewiesen. Bei Auslandswaren wird man je nach dem Lande der Herkunft mit einer Preiserhöhung gegenüber dem Frieden um 50 bis 70 Proz. rechnen müssen. Aber auch für Inlandswaren stehen den Verteuerungsmomenten, die sich aus den niedrigen Bezügen der Lohn- und Gehaltsempfänger ergeben, Verteuerungsmomente gegenüber, die in dem Verkauf von Handel und Industrie sowie der Produktion überhaupt zu erblicken sind; denn eine verminderte Produktion ist zweifellos im allgemeinen festzustellen. Die Verteuerungsmomente werden wahrscheinlich die Verteuerungsmomente etwas überwiegen, so daß man auch bei reinen Inlandswaren mit einem geringen Aufschlag über den Friedenspreis wird rechnen müssen, der zahlenmäßig schwer bestimmbar ist. Es wird Aufgabe der Preisprüfungsstellen in Verbindung mit den Polizeiverwaltungen sein, Richtlinien für den einzelnen Bezirk festzustellen. Die Polizeiverwaltungen werden entsprechende Anweisungen erhalten. Wenn wir die Kurven der Preisentwicklung bei verschiedenen Industrieerzeugnissen beobachten, erweisen sie aber sehr stark den Eindruck, als ob in Deutschland überhaupt nicht mehr kalkuliert wird, sondern Preise ganz willkürlich gemacht werden.

Ich habe hier vor mir ein paar Ziffern von Industrieprodukten, die bis in die neueste Zeit hineinreichen und vom Reichsstatistischen Amt stammen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Hemdenstück hat im Frieden 25 Pf. das Meter gekostet, am 25. Oktober 74 Pf. und am 21. November 83 Pf. Chevrolet hat im Frieden 1,40 M. gekostet, kostete am 25. Oktober 2,45 M. und am 21. November 2,85 M. Ein reinwoolenes Cheviotstück hat im Frieden 9 M. gekostet, kostete am 25. Oktober 14,25 M. und am 21. November 17,85 M. Ein Herrenanzug hat im Jahre 1913 22 M. gekostet — es sind hier immer Einheitswaren nach Einheitsstoffen, wie sie die Statistik dauernd als Grundlage braucht, also vergleichsweise am 25. Oktober 25 M., am 15. November 34,25 M. und am 21. November 47 M.

Hier über die Industrieregionen ihre Monopolstellung zum Nachteil nicht nur der Verbraucher, sondern damit auch der ganzen deutschen Wirtschaft aus. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß, wenn es sich um Verbandspreise handelt, nicht die Händler zuständig sind, sondern das Reichswirtschaftsministerium, und daß dieses auf Grund der Gesetzgebung berechtigt und verpflichtet ist, diese Verbandspreise einer Nachprüfung zu unterziehen. Vor einiger Zeit, Ende November, ist im Reich auf Grund des damaligen Ermächtigungsgesetzes das Kartellgesetz in Kraft getreten. Es ist zu hoffen, daß mit Hilfe dieses Kartellgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes errichteten Stellen mehr als bisher die Möglichkeit eines Einflusses auf die Preisgestaltung der Kartelle gegeben ist. Notwendig ist aber dazu, daß die Abnehmer im Groß- und Kleinhandel — die Verbraucher kommen hier weniger in Frage — aus ihrer Scheu und Reserve, den Behörden Angaben über Zahlungsbedingungen oder Preisgestaltungen seitens der Kartellvereinigungen zu machen, herausgehen und diese Angaben machen, denn sie sind nunmehr gegen einen Terror der Kartelle durch das Kartellgesetz selber geschützt. Ich kann mitteilen, daß eine Reihe von Verfahren gegen Kartelle bereits bei den Kartellgerichten anhängig gemacht sind.

Neuerdings versucht man jetzt die Rentenmark unterzubewerten. Nichts wäre für die Volkswirtschaft schädlicher als das, und alle Kreise sollten die Reichsregierung in ihrem Bemühen, die Rentenmark hochwertig zu erhalten, unterstützen. Es ist dringend notwendig, einen Appell an das Land zu richten, weil heute schon starke Kräfte daran sind, die Preise bei Bezahlung in Rentenmark höher zu legen als bei Bezahlung in Gold bzw. in anderen goldwertigen Zahlungsmitteln.

Es genügt nicht, immer nur über Wucher zu klagen, sondern es müssen auch die Möglichkeiten, die bestehen, um selbst bei der Wucherbekämpfung mit tätig zu sein, benutzt werden. Sie haben die Möglichkeit einmal in dem von mir bereits erwähnten Sinne, dann aber auch durch Mitwirkung in den Preisprüfungsstellen und in den Handelsverwaltschaften.

Die erste Voraussetzung, in der Wucherbekämpfung mitzuwirken, ist Sachkunde.

und diese Sachkunde kann ich nicht in allen Fällen bei den so ad hoc gebildeten Kontrollausschüssen, insbesondere nicht bei denen, die sie präparieren, erwarten. Deswegen sind sie abgelehnt worden. Es sind für die Verbraucherorganisationen in den Handelsverwaltschaften und Preisprüfungsstellen hinreichende Möglichkeiten gegeben, unmittelbar auf die Preisbildung einzuwirken. Es besteht auch die Möglichkeit, durch Kontrolle in den Geschäften in Verbindung mit anderen sachverständigen Personen die notwendige Wucherbekämpfung auszuüben. Ich möchte in Verbindung mit meiner Ausführung über die Mitwirkung der Verbraucher bei der Wucherbekämpfung sagen, daß durch die Verordnung vom 13. Juli den Verbrauchern eine größere Einflußnahme in den Preisprüfungsstellen möglich ist, als es bisher der Fall war, indem die reinen Sachverständigen auf der Verbraucherseite ausgeschieden sind und dafür Verbraucher einerseits, Erzeuger, Händler, Groß- und Kleinhandwerker andererseits, sich und Stimme haben. Es handelt sich dabei um die Verbraucherorganisationen, die großen Gewerkschaften der Beamten und Angestellten; es handelt sich um die großen Verbraucherorganisationen, die sich und Stimme in den Preisprüfungsstellen haben können. Da wäre die Möglichkeit gegeben, wirklich praktisch zu wirken. Wenn hier die Verbraucher und die Verbraucherorganisationen alle Möglichkeiten benutzen, so glaube ich zwar auch nicht, daß der Wucher aus der Welt geschafft wird, aber ich glaube erkins, daß sich die Verbraucher über die Preisgestaltung und wichtige wirtschaftliche Verhältnisse einmal zu unterrichten Gelegenheit haben, daß sie aber im Rahmen des Möglichen selbst dazu beitragen, daß die Ueberspannung in den Preisen, die große Handelspanne erheblich herabgesetzt wird. Deshalb rufe ich den Verbrauchern zu: tue rasch agitur: Um eure Sache handelt es sich! (Bravo!)

Nach längerer Debatte vertagt sich das Haus. Präsident Reinert schlägt vor, die nächste Sitzung entgegen der ursprünglichen Absicht des Kalenders nicht Dienstag, sondern Mittwoch, 12. Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Abstimmung über die eben verhandelten Anträge, Verhandlung der Anträge und Anfragen zur inneren Politik, Ausnahmezustand um. Das Haus entscheidet im Sinne des Präsidenten Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Das Achtstundentag-Gesetz.

Das Reichsarbeitsministerium erklärt: Die kürzlich von dem sozialdemokratischen Abgeordneten und ehemaligen Volksbeauftragten Dittmann in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß der allgemeine Achtstundentag auch nach dem Ablauf der Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit eine gesetzliche Grundlage in dem Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 habe, ist unhaltbar. Der Aufruf erwähnt den achtstündigen Höchstarbeitstag nicht im ersten Teil in der Form des Gesetzes, sondern im zweiten Teil unter den Entwürfen weiterer sozialpolitischer Verordnungen. Trotz der Gesetzeskraft, die dem Aufruf als solchen zuerkannt worden ist, kann der Inhalt des zweiten Teiles nach seinem klaren Wortlaut nur als grundsätzliche Ankündigung, nicht als Gesetzesvorschrift gemertet werden.

Die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums ist u. E. juristisch falsch, desto sicherer ist sie auf die gegenwärtigen Machtverhältnisse begründet. Das Achtstundengesetz besteht, ist aber ein Gesetz ohne Ausführungs- und Strafbestimmungen. Nur die wirtschaftliche und politische Macht der Arbeitnehmer kann ihm wieder praktische Wirkung geben.

Die Regierung gegen die Beamten.

Personal- und Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit.

Die am Donnerstagabend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführten Besoldungsverhandlungen hatten ein Ergebnis, das vielleicht den Staatsbedürfnissen des Reiches, nicht aber den Haushaltsinteressen der Beamten gerecht wird. Die Regierung befrähdigte ihr völlig ungenügendes Besoldungsangebot mit den knapp bemessenen Krediten der Rentenbank, die bis 1. April 1924 ein spärliches Wirtschaften erforderten. Darüber, daß das Reich aus Krediten eine ausreichende Besoldung nicht sicherstellen kann, ist sich auch die Beamtenschaft klar. Sie verteidigt deshalb noch wie vor den Standpunkt, daß zu den Krediten vor allem Einnahmen aus Steuern der leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung hinzuzumachen müssen. Auf keinen Fall kann den Beamten der unteren Besoldungsgruppen zugemutet werden, angesichts einer 150prozentigen Steigerung der Vorkriegspreise mit 70 Proz. der Bezüge vor dem Kriege auszukommen.

Was soll z. B. ein Beamter der Besoldungsgruppe III in der Ortsklasse A mit zwei Kindern im Alter von fünf und zehn Jahren mit einem Jahreslohn von 1212 M. (Grundgehalt 726 M., Ortszuschlag 120 M., Frauenschlag 84 M., Kinderzuschlag 282 M.) auskommen? Sein Monatsgehalt beträgt demnach 101 M. 10 Pfennig. In Abzug Steuern, Beiträge zur Alterskasse usw. Es ist ausgeschlossen, daß mit dem verbleibenden Rest eine vierköpfige Familie unterhalten werden kann.

Die Gewerkschaften haben aus diesen Gründen das Angebot der Regierung abgelehnt (die gegenseitige Nachricht der bürgerlichen Presse ist falsch), und zwar sowohl im Hinblick auf die niedrigen Gehaltsätze als auch mit Rücksicht auf die zwischen den Besoldungsgruppen liegende Spannung. Es ist jetzt Aufgabe des Reichstags zu beweisen, daß es ihm mit dem wiederholt versicherten Wohlwollen gegenüber der Beamtenschaft ernst ist.

Zur Frage der Arbeitszeit der Beamten, über die am Montag im Reichsministerium des Innern weitere Verhandlungen stattfanden, hat der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes folgende Entschliessung gefaßt:

Der Bundesvorstand des ADB. hat an der von den Beamten-Epochenorganisationen am 4. Dezember 1923 dem Reichsministerium des Innern abgegebenen Erklärungen fest. Er lehnt auf eine zeitlich befristete Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten entschieden ab. Der ADB. kann nicht seine Hand dazu bieten, daß die schon jetzt mit aller Rücksichtlosigkeit einsetzenden Personalabbaumaßnahmen, die im drohenden Widerspruch zu den Anträgen der Organisation und zum Teil auch zur Abbauperiode selbst stehen, durch Einführung des Neunstundentages mittelbar gefördert werden.

Der Abwehrkampf der Staatsangestellten.

Am Donnerstag nachmittag fand eine stark besuchte Besprechung der Angestelltenräte bei den Reichs- und Staatsbehörden statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung legte der Vorsitzende des Aktionsausschusses der Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden, Sturmheit, einen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht über die bisherigen Arbeiten des Ausschusses ab, wobei er insbesondere die Stellung der einzelnen politischen Parteien dem Angestelltenprinzip gegenüber auseinandersetzte.

In der Diskussion nahmen die Vertreter der einzelnen Ministerien und Behörden nacheinander das Wort, um über den bisher im jeweiligen Amt erfolgten Abbau zu informativischen Zwecken der Kollegen Mitteilung zu machen. Hierbei kamen merkwürdige Ergebnisse zutage. So zeigte sich, daß das Reichsarbeitsministerium, in dem bekanntlich das Betriebsrätegesetz ausgearbeitet wurde und dessen Ressorts in erster Linie Fragen der sozialen Fürsorge umfassen, seine Hauptaufgabe darin zu erblicken scheint, den Angestelltenabbau nach möglichst antisozialen Gesichtspunkten zu betreiben. Die Vorgänge gerade in diesem Ministerium werden, sobald sie auf dem bisher eingeschlagenen Wege zum Abschluß gelangt sind, die Öffentlichkeit noch gründlich zu beschäftigen haben.

Von verschiedenen Rednern wurde erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Kampf um die elementarsten Rechte der Behördenangestellten nur im engen Zusammenarbeiten mit den berechtigten Gewerkschaften auszuführen. Da nicht angenommen ist, daß die Regierung Marx eine angestelltenfreundlichere Abbauperiode auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchführen wird als die Regierung Stresemann, so kann nur an alle Angestellten wieder und wieder der dringende Rat gerichtet werden: Schließt die Reihen und findet den Weg zu euren Organisationen, denn letzten Endes gehen für die Behördenangestellten wie für Arbeitnehmer überhaupt die besten Regime: Jeder Betrieb hat den Betriebesrat, den er verdient. Jeder Betriebesrat aber wird so behandelt, wie er seinerseits es verdient!

Der Konflikt im Bergbau.

Hungerlöhne, Ubergewinne und Ubergewinn.

Das Verhalten der Arbeitgeber bei den Verhandlungen am Mittwoch und Donnerstag und das sehr eigentümliche Verhalten des Reichsarbeitsministeriums liegt sicher nicht im wohlverstandenen Interesse unserer Wirtschaft. Diese Haltung muß zu Konflikten führen, die das Wirtschaftsleben aufs schwerste bedrohen. Ganz allgemein, sowohl von Unternehmern wie vom Reichsarbeitsministerium wird anerkannt, daß die Bergarbeiterlöhne zu niedrig sind. In bestimmter Absicht haben die Arbeitgeber und das Reichsarbeitsministerium in den letzten Wochen auf die Löhne gedrückt, um dadurch die Arbeiter für längere Arbeitszeit geilig zu machen.

Nach der Erklärung der Unternehmer hätte das Reichsarbeitsministerium die Möglichkeit gehabt, sofort die Parteien zu neuen Verhandlungen zu laden oder ein Schiedsgericht zu bilden.

Es hat das bis jetzt nicht getan, ist aber von den Gewerkschaften aufs neue dazu aufgefordert worden. Eine Lohnaufbesserung im Bergbau ist heute um so leichter, als durch die geänderten Zahlungsbedingungen und das Vorhandensein wertbeständigen Geldes die Bergbauunternehmer nicht mehr die Verluste aus der Inflation zu tragen haben, unter denen sie zeitweise litten. Die Kohlenpreise sind, verglichen mit den Löhnen, außerordentlich hoch. Sie betragen im Ruhrrevier 24,96, Oberschlesien 16,40, Niederschlesien 22,70, Sachsen 25,40, Mitteldeutschland (Braunkohle) 14,13, Niedersachsen 19,60 bis 22,50, Oberrhein 22,44, Bayern (Bastkohle) 28,30 Goldmark.

Im Vergleich dazu liegen die durchschnittlichen Tariflöhne wie folgt aus: Ruhrrevier 5,25, Oberschlesien 3,90, Niederschlesien 3,25, Sachsen 3,51, Mitteldeutschland 3,25, Niedersachsen 3,18, Oberrhein 3,51, Bayern 3,18 Goldmark.

Die Unterschiede der einzelnen Reviere in bezug auf den Fördereffekt sind sehr verschieden. Aber für kein Revier kann bestritten werden, daß der Lohn in keinem Verhältnis steht zu den Preisen, daß er nur einen Bruchteil des Lohnanteils aus-

Große Funktionärkonferenz

aller Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte der USPD. Groß-Berlins

am Montag, den 10. Dezember 1923, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15 (großer Saal):

Tagesordnung. Die Politik der Partei.

Referent: Parteivorstand Gen. Crispian. — Diskussion. Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärskarte kein Zutritt. — Zur Deckung der Unkosten Tellerammlung. Der Bezirksvorstand.

macht, der im Frieden gezahlt wurde. Hinzu kommt noch, daß 25 bis 30 Proz. der festgesetzten Lohnsätze Teuerungszulagen sind, die in Papiermark ohne Aufwertung gezahlt werden. Wenn das Arbeitsministerium nicht einsichtig genug ist, seinen ganzen Einfluß zur Regelung dieser Frage auszuüben, oder wenn die Unternehmer hartnäckig auf ihrem Standpunkt bleiben, ist schon für die nächsten Tage mit schweren Konflikten im Bergbau zu rechnen.

Am Donnerstag fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Handelsministeriums, der Grubenverwaltungen und der Betriebsräte der staatlichen Zechen statt, die zu der Vereinbarung führten, daß am Montag, den 10. Dezember, die Arbeit auf den staatlichen Gruben im Ruhrgebiet im vollen Umfang wieder aufgenommen wird. Entlassungen sollen nicht erfolgen. Die Arbeiter werden wieder eingestellt, bis auf einen geringen Teil der Koksarbeiter, die vorläufig noch der Erwerbslosenfürsorge überlassen bleiben müssen, weil die Koksöfen noch nicht im Betrieb sind. Die Vereinbarungen stehen im erfreulichen Gegensatz zu dem Bestreben der preussischen Zechenbesitzer, bei der Arbeitsaufnahme einen sehr erheblichen Teil der Arbeiter auszuschalten.

Schiedspruch für das Berliner Holzgewerbe.

Am gestrigen Abend verhandelten die Parteien für die Berliner Holzindustrie im Schlichtungsausschuss. Es wurde folgender Schiedspruch gefaßt: Für die Zeit vom 25. November bis 1. Dezember bleibt der bisherige Lohn von 692 Milliarden bestehen. Ab 2. Dezember bis 15. Dezember wird der Lohn eines Facharbeiters über 22 Jahre auf 0,65 Goldmark festgesetzt, im übrigen bleiben die Stufen nach dem bisherigen Abstand bestehen. Am Montag, 18. Dezember, am Ort werden 20 Proz. des Stundenlohnes gezahlt; für Montage außerhalb beträgt der Zuschlag 3/5 Stundenlohne. Dieses Abkommen kann mit dreitägiger Frist gekündigt werden, und zwar erstmalig am 15. Dezember.

Schiedspruch in der Musikinstrumentenindustrie. Am Mittwoch wurde für diese Industrie ein Schiedspruch gefaßt, der den Lohn des Facharbeiters über 22 Jahre auf 0,65 Goldmark festlegt. Die beiden Parteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, haben diesen Schiedspruch abgelehnt.

Für die kaufmännischen Angestellten für den gesamten Großhandel fällt der Schlichtungsausschuss am 7. Dezember folgenden Schiedspruch für den Monat November: Die Gehaltsätze für die letzte Novemberwoche, d. h. für die Zeit bis einschließlich 30. November werden in der Weise festgesetzt, daß auf die Gehaltsätze der Vormonats 84 Proz. ausgeschlagen und von der abdann errechneten Summe 1/4 gezahlt werden. In der Zeitungsbranche konnte keine Einigung erzielt werden. Es ist daher der Schlichtungsausschuss angeufen worden, der sich am Mittwoch, den 12. Dezember, mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Das gleiche ist vom Spektationsgewerbe zu melden.

Geheiltere Tarifverhandlungen. Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten im Möbelhandel sowie im Kohlen- und Holzhandel sind infolge des geringen Entgegenkommens der Arbeitgeber gescheitert. Der Schlichtungsausschuss wird sich mit beiden Fällen zu beschäftigen haben.

Die städtischen Arbeiter in Lüft sind wegen Tarifstreitigkeiten in den Zustand getreten.

Die Angestellten des Textil-Großhandels, des Samt- und Seidenwaren-Großhandels, des Baumwoll-, Reinen- und Kleiderstoff-Großhandels, des Aus-, Polanterie- und Spielwaren-Großhandels und des Lebensmittel-Großhandels nehmen am Dienstag, den 11. Dezember, nachm. 5 1/2 Uhr, in Kaiserhofs Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, an dem Schiedsgericht, sowie zu dem Schiedsgericht für den Monat Dezember Stellung.

Funktionäre der Gewerkschaften. Am Montag abends 6 Uhr im Gewerkschaftsgebäude, Sool 4, Anfertigen der Funktionäre der rheinischen Industrie, Mitgliedsbuch und Funktionärskarte legitimieren! Ohne diese kein Zutritt. Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre Dienstag abends 7 Uhr im Deutschen Hof, Ludauer Straße. Tagesordnung: Der Parteivorstand. Referent Herr Dr. Ernst, Oberst der Allgemeinen Dienststellenliste Berlin. In dieser Versammlung soll Aufklärung über den Reichsrat gegeben werden, damit die Funktionäre in Zusammenhängen und Betrieben mitbestimmten können. Wie ersehen, um schwebendes und pünktliches Erscheinen, Mitgliedsbuch und Funktionärskarte legitimieren. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Arbeitersport.

Sportabend der Sportvereine „Korb-Bell“. Am Sonntag, 9. Dezember, finden im Ruderklub-Gesellschaftsraum, Bismarckstr. 24, große Ringkämpfe statt. Für „Korb-Bell“ treten die Internationalschüler Schindewolf, P. Kowal, Kowalski, ferner Engelhardt, J. Kowal, Werbold, Wamczel, Rau, Sander und Pohlitz, Hr. „Gieseler“ W. W. Hoff, Buntz, W. Kulew, Witzel und Gollmann, außerdem nehmen noch zwei „Korb-Bell“-Mitarbeiter, Lutz und Schönbauer, teil. Hr. Kulew, ferner Kulew, der Preisrichter, sind im Saal des „Korb-Bell“, Berlin, Gützig, Lohr, Feld und Schürig. Anfang der Abende 7 Uhr.

1. Kreis. Rheinische Reichsbühnen-Vereinigung. Sportsport und Sportabend der Vereine mit Abteilungen am Sonntag, den 10. Dezember, 7 Uhr. Programm: 1. Abt.: Mittags 12 Uhr. Feststellung der Arbeiter-Wohlfahrtsvereine. Die Karte sind hierüber Hohenhausenplatz, 4. Abt.: 1 Uhr am Sportplatz Platz 7, u. 11. Abt.: 1 Uhr am Sportplatz Platz 147 und Richter-Str. 9. Montag, den 10. Dezember, 7 Uhr. Zentralrat-Berufsbildung, Turnvereine Sportsportabend (Sportplatz), Freitag, den 14. Dezember. Zentralrat-Berufsbildung. Samstag, 15. Dezember. Arbeiter-Wohlfahrtsvereine. 2. Kreis. Die Turnabteilung der Arbeitervereine am Sonntag, den 8. Dezember, im Arbeiter-Sportplatz, Berlin, Gützig, Lohr, Feld und Schürig, verbunden mit sportlichen Beschäftigungen. Anfang 7 Uhr.

Wirtschaft

Der angemessene Goldpreis.

Das Reichswirtschaftsministerium hat den Regierungen der Länder und den mit der Preisüberwachung betrauten Behörden eine Denkschrift zugestellt, die der Wiederherstellung normaler Goldpreise dienen soll. Der Reichswirtschaftsminister lehnt die von vielen verlangten Richtpreise unter Berufung auf die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt, auf dem gegenüber dem Jahre 1913 eine echte Teuerung zu beobachten ist, ab. So haben sich z. B. in England der Großhandelsindex von 100 auf 158 und der Kleinhandelsindex von 100 auf 175 erhöht. Baumwolle war Ende Oktober 1923 bereits um zirka 140 und Wolle um 150 Proz. gestiegen.

Die Weltteuerung fällt für die deutsche Preisbildung um so mehr ins Gewicht, als die deutsche Wirtschaft mit besonderen verteuerten Faktoren, z. B. Einführung und Erhöhung einzelner Steuern, wie die zweiprozentige Umsatzsteuer, erhöhte Leistungen für soziale Versicherung, Belastung der Wirtschaft durch Verleuf, erhöhte Zinsätze, Verteuerung der Frachten und Wegfall von Ausnahmefrachten, sowie Minderleistung in einzelnen Berufen zu rechnen hat. Dem stehen aber bedeutende verbilligende Momente gegenüber. Unter anderem nennt die Denkschrift mit Recht die große Differenz zwischen Goldlöhnen des Inlandes und des Auslandes. Trotzdem kommt der Reichswirtschaftsminister zu dem Schluss, daß das Preisniveau von 1913 der Vergangenheit angehört, und sich, abgesehen von wenigen Waren, in absehbarer Zeit nicht mehr erreichen lassen wird, solange das Weltmarktpreisniveau seine jetzige Höhe behält und sich die Arbeitsleistung im Inland nicht auf die Vorkriegshöhe gehoben hat. Allerdings räumt die Denkschrift den verbilligenden Momenten die Möglichkeit ein, bei den reinen Inlandsprodukten noch einen mehr oder weniger großen Teil der echten Teuerung auf dem Weltmarkt auszugleichen zu können. Zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt die Denkschrift verschiedene Maßnahmen, darunter den Abbau der Unternehmergewinne, Erzielung von Mehrleistungen, Eingreifen der Preisprüfungsstellen und Bucerbehörden.

Von großer Wichtigkeit ist der in der Denkschrift enthaltene Hinweis auf die Möglichkeit der Verbraucher, ihrerseits die Preise durch vorsichtige Zurückhaltung im Kauf zu beeinflussen. Es heißt da:

„Die Verbraucherschaft wird aber gut tun, sich daran zu erinnern, daß letzten Endes das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Preise wirksamer beeinflusst als jeder behördliche Eingriff, und daß sie selbst es in der Hand hat, diesem Gesetz wieder Geltung zu verschaffen in dem Augenblick, in welchem wertbeständige Zahlungsmittel im Verkehr sind und die Preise auf Goldbasis gestellt werden. Da das Geld sich nicht mehr in der Tasche des Verbrauchers entwertet, ist er auch in der Lage, bei Deckung seines täglichen Bedarfs wieder in Ruhe Preisvergleiche anzustellen, statt sie so schnell wie möglich im nächsten Laden vorzunehmen. Andere Käufe kann er wieder viel früher auf eine Zeit verlegen, die ihm die günstigste zu sein scheint. Die Flucht in die wertbeständige Ware, die dem Warenbesitzer bisher ein starkes Übergewicht über den Verbraucher gab, und welche die Hauptursache an den starken Preissteigerungen trägt, muß ihr Ende erreicht haben und die ruhige Ueberlegung und der Sparinn, die dem Deutschland von 1913 ihr Gepräge gaben, müssen wieder an ihre Stelle treten.“

Der Kampf der Unternehmer gegen Bauhütten.

Die privaten Bauunternehmer sehen in den gemeinnützigen sozialen Baubetrieben einen gefährlichen Gegner. Nun, zur Bekämpfung der kapitalistischen Auswüchse im Bauwesen wurden diese gemeinnützigen Körperschaften gegründet, und sie haben sich auch als solche bewährt. Bezeichnend aber sind die Mittel, mit denen man gegen die sozialen Baubetriebe vorgeht. Die Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ bringt in ihrer neuesten Nummer eine Zusammenstellung der hollösen Verhättnisse, mit denen man in Eingaben an alle möglichen Instanzen, an Ministerien, Verwaltungs- und Steuerbehörden gegen die Bauhütten gearbeitet hat. Eingriffsgründe als alle anderen Beweggründe für die Unwahrheit der Unternehmerpropaganda ist das Ergebnis einer genauen Umfrage, die der Verband sozialer Baubetriebe bei den ihm angeschlossenen Organisationen gemacht hat und die bis zum Abschluß des Berichts 128 Betriebe beantwortet hatten. Darunter waren sieben Baunebenbetriebe.

Die 121 Bauhauptbetriebe, die teilweise ebenfalls Baunebenbetriebe ausführen, hatten seit ihrem Bestehen 12.016 selbständige Bauaufträge ausgeführt, die 7 Nebenbetriebe 2110. Zusammen sind somit von 128 Betrieben 14.126 selbständige Bauaufträge ausgeführt worden.

Von den 12.016 Bauaufträgen der 121 Hauptbetriebe entfielen 4720 oder 39 Proz. auf öffentliche oder öffentlich-rechtliche Körperschaften, 5707 oder 48 Proz. auf gemeinnützige Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften und 1589 oder 13 Proz. auf Private. 87 Proz. aller ausgeführten Bauaufträge entfielen somit auf öffentliche, öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Körperschaften und nur 13 Proz. auf Private. Bei den 7 Baunebenbetrieben entfielen 96 Proz. der Aufträge auf öffentliche, öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Körperschaften und nur 4 Proz. auf Private.

74 Proz. der Gesamtaufträge der 121 Hauptbetriebe dienten dem Kleinwohnungsbau. 2875 Wohnungen hatten die 121 Betriebe vollkommen schlußfertig gebaut. Zu weiteren 7356 Wohnungen hatten sie die Erd- und Maurerarbeiten, also die Hauptbauarbeiten, zu 5166 die Zimmerarbeiten, zu 2189 die Dachbedeckungsarbeiten, zu 1521 die Malerarbeiten, zu 870 die Tischlerarbeiten und zu 2790 sonstige Arbeiten ausgeführt. Insgesamt hatten also die 121 Betriebe 22.567 bezugsfähige Kleinwohnungen ganz oder teilweise gebaut. Für Private hatten sie 712 unbezugsfähige Wohnungen hergestellt.

Noch günstiger ist das Ergebnis, wenn man statt der geleisteten Bauaufträge die Zahl der geleisteten Tagewerke einem Vergleich zugrunde legt, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die Fragen nach der Zahl der Tagewerke nur von 66 Betrieben beantwortet wurden. (Die Nichtbeantwortung dieser Fragen haben eine Reihe von Betrieben damit entschuldigt, daß es sehr mit Arbeit überlasteten Geschäftsführern nicht möglich gewesen sei, die nötigen Zusammenstellungen für eine zum Teil mehrere Jahre zurückliegende Zeit zu machen.) Bei den berichteten 66 Betrieben entfielen 4274 123 Tagewerke oder 88,5 Proz. auf öffentliche, öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Körperschaften und nur 556 942 oder 11,5 Proz. auf Private. Dieses Ergebnis ist ein glänzender Beweis für die gemüßigte Tätigkeit unserer sozialen Baubetriebe.

Die Wirkungen des Kartellgesetzes. Ueber die Wirkungen des Kartellgesetzes erfahren wir von zuständiger Stelle, daß eine Reihe von Verbänden ihre unangemessenen Verkaufsbedingungen freiwillig abgeändert und sie den Verkaufsbedingungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie angepaßt haben. In 25 Fällen mußte das Reichswirtschaftsministerium eingreifen. Sieben Fälle auf Grund von Beschwerden von dritter Seite sind noch in der Schwebe. In Frage kommen zwei Zementkonzerne, das rheinische Braunkohlenyndikat und der Hefe-, Stärke- und Benzolverband.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Cotterbus; Gewerkschaftsbewegung: J. Dreiner; Kultur: Dr. Jahn; Schlichtung: Göttsche und Confines; Frau: Karstädt; Ausland: H. Glaser; Schriftlich: Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlagsgesellschaft und Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 11. Seite 1 Beilage.

Die verlorene Wohnung.

Daß Wohnungen zu Hunderten verschoben werden, wissen die Kinder. Nur die wenigsten Fälle werden den Wohnungsämtern bekannt, um erfolgreich zugreifen zu können. Was bekannt wird, beruht fast immer auf meist anonymen Denunziationen. Um so vorsichtiger müssen die Wohnungsämter sein. Diese Vorsicht außer acht zu lassen, wird auch nicht entschuldigt durch das nützliche Bestreben, möglichst viel Wohnraum für die Wohnbedürftigen freizumachen. Oberflächlich und Kerosinfaß sind hierbei höchst bedenklich. Jede Wohnungsbeschlagnahme, die nicht von vornherein mit großer Sicherheit das Recht auf ihrer Seite hat, verlegt die betroffene Familie in hohe Erregung, ruft bis zur endgültigen Entscheidung, die oft erst nach Monaten getroffen wird, seelische Leiden hervor, belästigt auch unmittelfach den Verwaltungsapparat verschiedener Instanzen. Wenn alles in Ordnung ginge, könnte es nicht vorkommen, daß von den Mieteinsparungsämtern zahlreiche Beschlagnahmeverfügungen aufgehoben werden. Ein großer Aufwand ist unnütz wertlos! Mit übertriebenem Eifer werfen sich manche Wohnungsämter auf angeblich unbenutzte Wohnungen. Unbenutzt ist aber eine Wohnung nicht schon deshalb, weil der Inhaber sich auf Reisen von nicht mehr als drei Monaten ununterbrochener Dauer befindet. Hierzu legen in ihrer vor einigen Monaten erschienenen Schrift: „Wie arbeitet das Wohnungsamt?“ Magistratsrat Walter Körner und Dr. Margarete Hoffmann, beide Deputierten im Berliner Zentral-Wohnungsamt: „Diese Bestimmung wird häufig als Deckmantel dafür benutzt, daß die Wohnung an gut zahlende Dritte verschoben wird. Der alte Inhaber verzichtet unter Verkauf der Möbel auf die Räume und geht auf Reisen“. Dieser nicht seltene Fall der Schiedung ist schwer von dem zu scheiden, in dem ein Mieter ohne Schiedungsabsicht einen zuverlässigen Menschen, meist gegen Zahlung der Miete, hauptsächlich zur Bewachung seiner Wohnung herbeiruft, um alsbald die Wohnung wieder ganz in Besitz zu nehmen.“ Es geht also nicht an, solche Wohnungen, deren Inhaber sich während des Sommers zur Erholung oder gar wegen Krankheit anderweit aufhält und einen Teil der Wohnung übermietet, zu beschlagnahmen, selbst wenn die Dreimonatsfrist überschritten wird. Ebenso sollten die Versuche unterbleiben, Laubenkolonisten ihre Wohnung zu nehmen, wenn sie diese zum Teil vermieten. Man kann doch vielmehr nur froh sein, daß auf solche Weise zahlreiche Wohnungsköpfe, die vielleicht schon jahrelang in der Wohnungslücke standen, eine Wohnung gefunden haben. Ferner wird immer häufiger versucht, kinderreiche Familien einem Hauptmieter aufzubürden. Hierzu legen die genannten Verfasser: „Haushaltsgemeinschaften sind in jedem Fall Familien mit Kindern. Deren Zuweisung kann sich der Verfügungsberechtigte auch verweigern, wenn versichert wird, daß die Familie von jeder selbständigen Wirtschaftsführung absehen wolle.“ Die Wohnungsnot drängt allerdings dazu, in dieser Frage möglichst viel gegenseitige Rücksicht zu üben.

Ein Raubzug in der Neujahresnacht.

Der gestohlene Bogen.

Eine der gemeingefährlichsten und verwegenen Diebesbände wurde von der 6. Strafkammer des Landgerichts III in einer Strafsache gegen den Schloßer Friedrich Böhlke und 13 Diebes- und Hehlergesellen abgeurteilt. Die Diebesbande Böhlke hatte seit über Jahresfrist die verwegendsten Raubzüge in Berlin und Umgegend verübt. Es wurden von ihr Friedhölskapellen erbrochen und ausgeraubt, von der alten Stadtmauer in Bernau stahlen sie die Metallteile, auf einem Gutshof bei Löwenberg wurden Automobile ihrer wertvollen Metallteile beraubt, in Zepernitz haben sie von der Friedhölskapelle die Zintrohre abgerissen, sogar ganze Eisenbahnwaggons wurden von der Bande abmontiert. Eine Spezialität der Diebe bildete auch der Raub von Metallteilen in der Stadtbahn. Der verwegenste Diebstahl wurde jedoch in der Neujahresnacht begangen. Die Bande lögte die überlebenseigene Bronzefigur des Bogers am Ausgang des Breitenparks am Fehrbelliner Platz ab und hat die zerstückelten Stücke zu ihren Hehlern gebracht. Böhlke schob die ganze Schuld auf seinen Stiefbruder Schmeißer, dem er auf die verbrüderliche Bahn gedrängt sein will. Schmeißer konnte bisher nicht ergriffen werden. Einer der Diebesgesellen, der Speisehändler Kahy, spielte den „wilden Mann“, so daß

gegen ihn die Sache abgetrennt werden mußte. Böhlke wurde zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt, der Arbeiter Wojcikowski erhielt 2 1/2 Jahre Zuchthaus, die anderen Diebe und Hehler Gefängnisstrafen von 1 bis 1 1/2 Jahren.

Selbstmord mit Hindernissen.

Zu dem geheimnisvollen „Mord“ in Spandau.

Bei der Aufklärung des gewaltigen Todes des 63 Jahre alten Pensionärs August Schulze steht die Mordkommission vor einer ganz eigentümlichen Aufgabe. Schulze bewohnte mit seinem Sohne, einem Studenten, ein sogenanntes Festungshaus, ein kleines winkliges Häuschen, das aus Erdgeschos und Keller besteht. Der alte Mann schloß auf der einen, sein Sohn auf der anderen Seite des Flurs. Der Sohn hat keinen Schlüssel in der Nacht gehabt. Morgens wunderte er sich, daß der Vater nicht zum Vorhinein kam. Er entdeckte dann an einem Kleiderkapel, der an die Wand angehängt ist, eine Schaur und auf dem Fußboden eine kleine Blau-

Der Abonnementsbetrag

für die Woche vom 9. bis 15. Dezember beträgt wie in der Vorwoche eine Goldmark oder eine Billion Papiermark. Verlag des „Vorwärts“.

sahe. Dabei lagen Kleidungsstücke seines Vaters und unter diesen ein alter Trommelrevolver, aus dem ein Schuß abgefeuert war. Eine Blutspur führte durch ein anstößendes Zimmer, dann durch die Küche und von hier aus die steile schmale Wendeltreppe nach dem Keller hinunter. Hier lag der alte Mann, nur mit Hose und Strickjacke bekleidet, tot auf dem Fußboden. Er blutete aus einer Kopfwunde und hatte den Teil einer Schlinge um den Hals. Neben der Leiche stand ein umgekehrtes Faß und darauf eine noch brennende Petroleumlampe. Die Mordkommission fand diesen Zustand noch unverändert und ließ ihn durch den Erkennungsdienst photographisch festlegen. Die Untersuchung der Räume und der Behältnisse ergab, daß ein Raub nicht vorliegt. Ob man es überhaupt mit einem Verbrechen zu tun hat, erscheint zweifelhaft. Die Besichtigung der Leiche durch den Gerichtsarzt Dr. Straßmann jr. gab dafür keinen bestimmten Anhalt. Am Halse zeigten sich Strangulationsmarken. Der Schuß scheint durch den Mund geführt zu sein. Genau kann es jedoch erst durch die Obduktion festgestellt werden. Daß der junge Schulze den Schuß nicht gehört hat, erklärt sich aus der Bauart des alten Häuschens. Nach Lage der Sache scheint es, daß der betagte Pensionär selbst Hand an sich gelegt hat. Wahrscheinlich hat er sich erhängt und im Hängen sich auch nach den Revolver schickig bedient. Die dünne Schur muß dann gerissen sein und Schulze trotz seiner Verletzungen noch die Kraft gehabt haben, mit der Lampe in der Hand durch Zimmer und Küche die steile Treppe hinunterzugehen. Im Keller ist er dann zusammengedrückt und verblutet. Vielleicht haben den alten Mann niedrige wirtschaftliche Verhältnisse in den Tod getrieben. Die Mordkommission legt ihre Ermittlungen noch fort. Die Leiche wurde zur Obduktion beschlagnahmt.

Halblose Gerüchte.

Am 9. Oktober d. J. ist der Mitinhaber der Firma C. A. Herpich Söhne, Paul Herpich, im Sanatorium Dufftana, Grunewald, Winterstraße, gestorben. Sein plötzlicher Tod verursachte Gerüchte, nach denen der Tod mit unzulässigen Balutageschäften in Zusammenhang gebracht wurde. Auch Beamte der Devisenerfassungsstelle sowie der Kriminalpolizei wurden wegen dieses Falles anagegriffen. Zur Klarstellung dieser Gerüchte gingen der Firma Herpich folgende amtliche Schreiben zu: von der Devisenerfassungsstelle, der Kriminalpolizei und der Steuerbehörde, die ausdrücklich bestätigen, daß die Firma Herpich ihren finanziellen Verpflichtungen stets in pünktlich einwandfreier Weise nachgekommen ist und aus denen weiter hervorgeht, daß die erwähnten Gerüchte völlig haltlos sind.

Kleidung für die Alten.

Das Jugendamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Altershilfe der Jugend will in aller Stille verfahren, auch die Bekleidungsnot der Alten zu lindern. Der Arbeitskreis Charlottenburg wird am 9. Dezember die Bewohner Charlottenbars in ihren Wohnungen aufsuchen, um Bekleidungsstücke oder Stoffreste und Fäden in Empfang zu nehmen. Die Samm-

lung ist vom Polizeipräsidenten genehmigt; die Sammler haben gelbe Aufweisarten mit amtlichem Stempel. — Die Jugend richtet an die Bürger Charlottenburgs die Bitte, den Sammlern weitestgehend entgegenzukommen; es ist kein Selbstzweck, daß es nicht durch sachgemäße Behandlung wieder hergestellt werden können. Auf Benachrichtigung an das Landgemeindeforum, Berlin C 24, Sophienstr. 28, Fernruf Norden 2840, werden auch aus allen anderen Stadtteilen Berlin herbeigelegte Kleidungsstücke abgeholt.

Der durstige Wohnungsbeamte.

Zür Wein, Weib, Eißer, geben wir die Wohnung her!

Recht erbauliche Zustände aus der Wohnungsinspektion II, Schöneberg, kamen vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I in einer Berufungsverhandlung gegen den früheren Wohnungsbeamten, den Architekten Heinrich Besch, der wegen Bestechung angeklagt war, zur Sprache. Der Kaufmann Robert Kappstein führte seit Jahren einen Kampf um seine Wohnung in der Kurfürstenstraße. Infolge einer Beschwerde an das Zentralwohnungsamt und den Oberpräsidenten wurde der jetzige Angeklagte Besch zu 500 000 M. Geldstrafe verurteilt.

In der neuen Verhandlung schilderte Kappstein als Zeuge seinen Wehensweg. Er habe von seiner 8-Zimmer-Wohnung in der Kurfürstenstraße, nachdem seine Eltern von dort fortgezogen waren, 5 Zimmer vermietet. Im Juni 1920 sei ihm plötzlich der Bescheid gemorden, daß seine 3 Zimmer beschlagnahmt seien und er sie binnen 24 Stunden zu räumen habe. Auf seine Reklamation beim zuständigen Beamten des Wohnungsamtes, dem jetzigen Angeklagten, erwiderte ihm dieser: „Das machen wir immer so. Es ist aber wohl das Beste, ich komme gleich mit und lege die Wohnung an.“ Auf dem Wege dorthin habe Besch plötzlich Durst bekommen und ihm vorgeschlagen, erst in einer Kammerstube einige Schnäpse zu trinken. Da wußte ich gleich, erklärte der Zeuge, wie der Hase läuft. Wir tranken 3-4 Bißöre. Im Laufe des Gesprächs ließ der Angeklagte durchblicken, daß er sich schließlich durchs Leben schlagen müsse. Ehe wir dann in die Wohnung gingen, meinte er weiter, es dürfe im Interesse der Wohnungsleute liegen, wenn wir erst eine Flasche Wein tranken und frühstückten. In einer Weinstube bestellte ich dann eine Flasche Wein und Bräutchen. Nach der Besichtigung der Wohnung meinte dann Besch: Jetzt habe ich gegessen und getrunken. Wenn Sie mich jetzt noch ein kleines Mäddchen verschaffen, dann ist die Wohnung frei! Darauf führte ich ihn in eine nervenschwiegene Kneipe mit Damenbedienung, wo sich Besch mit einer Kellnerin in eine Weinstube zurückzog und eine Flasche Wein nach der anderen bestellte. Ich habe alles für ihn bezahlt und auch der Kellnerin ein anständiges Trinkgeld gegeben. Meine Ausgaben betragen damals mehrere 1000 Mark, was für mich ein schweres Opfer bedeutete. Beim Abschied sagte Besch dann: Herr Kappstein, hier haben Sie meine Hand, die Sache ist erledigt. — Aber es erfolgte eine neue Beschlagnahme, und so kam eine nach der anderen. Alles das geschah auf Betreiben einer Frau Sch., die inzwischen Besitzerin des Hauses geworden war und mich hinausholen wollte.“ Der Angeklagte gab zwar zu, daß er auf Aufforderung des Zeugen mit ihm eine Flasche Wein getrunken habe, bestritt aber alles andere. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als schamlos. Die Öffentlichkeit habe ein dringendes Interesse an einer strengen Bestrafung solcher Beamten. Das Gericht verurteilte Besch unter Aufhebung des ersten Urteils wegen Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe.

Aburteilung einer Potsdamer Diebesbande. Die Potsdamer Strafkammer verurteilte die Gattin des früheren Redakteurs der „Potsdamer Rundschau“, Frau Margarete Gräßhoff, wegen Diebstahls zum schweren Diebstahl und gewerbsmäßiger Hehlerei zu 6 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, ihren Geschlechten, den 37-jährigen polnischen Schuhmacher Franz Czoch wegen schweren Diebstahls in zehn Fällen und gewerbsmäßiger Hehlerei zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die anderen Hehlereihelfer erhielten gleichfalls hohe Zuchthausstrafen. Längere Zeit war Potsdam von dieser Diebesbande heimlich besucht worden. Die gestohlenen Sachen fand die Polizei später bei Frau Gräßhoff vor.

Hilfe für das Dresselheim Ogbin. Der Arbeitsausschuß des Leipziger Reichsamt ist im Hinblick auf die bereitwillige Unterstützung, die die Bestrebungen des Reichsamt für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft stets bei der Presse gefunden haben, für das Dresselheim Ogbin 500 Billionen in werbeständigem Gelde.

Jubiläum. Genosse Paul A. (Karl Hedding) feiert heute mit seiner Gattin die Silberhochzeit. Genosse Paul ist seit 20 Jahren organisiert und ebenso lange Leser des „Vorwärts“.

Copyright Georg Müller, München.

Die Losoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Das wurde ein Gesang. Hier waren junge Leute, die in den Heimatdörfern im Kirchenchor mitsangen, sie sangen erste und zweite Stimme. Heller Tenor schwang sich unter die hohe Kirchendecke empor, Bässe rollten schwerer nach, Mittelstimme füllten aus, alle lebende Chorstimmen hinkten mit. Es war schon lange her, daß sie so gesungen hatten. Dieser Gesang erinnerte an Meer, an Brandung, an Wind und Wetter. Und alle sangen.

Und vor dem Altar kniete der junge Pfarrer, er kannte diese Art des Singens. Er fühlte sich langsam überflüssig, denn was er diesen Menschen vom Meere zeigen sollte, das hatten sie schon in dem Gesang bekommen. Da saßen sie und sangen sich in einen Glauben hinein, erschlossen ihr Herz. Der Choral war ihr Gebet. Sie ahnten kaum, was für Worte in dem Liede standen, ihre eigenen geheimen Gedanken trug der Choral zu dem Höchsten empor. Durch dieses Meeresbrausen hindurch ahnte man Seelen mit gefalteten Händen. Der Mann, der für gewöhnlich trant, lachte, rauchte, und sonst nur an Frang und Geld dachte, der warf in diesem Augenblick die alte Hülle ab und wurde selber zu einem Choral, der dröhnend emporstieg, anschwellend und tönte. Pfarrer, Predigt — überflüssig.

Ein Tenor überdrönte alle anderen. Das war Kanelles Gomon. Er sang so laut und so herrlich, daß man sich umdrehte, um zu sehen, wer das sei. Aber wenn seine Stimme so überhand nahm, so lag das vielleicht daran, daß er an seine Schwester und den alten halbblinden Vater dachte. Er hatte nur einen einzigen Brief nach Hause geschrieben, und das Geld hatte er für Puh und Land vergeudet. Da ist es das Beste, zu singen, Kanelles, singe, singe, denn du bist bei weitem nicht so, wie du sein müßtest.

Aber endlich muß der Pfarrer doch auf die Kanzel steigen, und jetzt steht er da und wartet, daß die letzte Strophe verklingen soll. Der blonde Mann mit der Brille mag vielleicht vierzig Jahre alt sein. Und er weiß: wenn er jetzt zu sprechen beginnt, dann verdrängen sie ihre Ohren und dölen. Sie hören

seine Worte wie ein Dröhnen. Sie erwachen erst, wenn sie wieder singen dürfen, und geben gerade das, was sie geben können. Warum steht er eigentlich hier?

Die Seendigel lagen nach Osten. Kristaver lag wieder draußen auf den Fischbänken und bläkte den Bögen nach, die nach Osten feuerten. In ihm selber war der gleiche Jubel. Wenn er mit geschlossenen Augen datag, war ihm, als habe er eine unklare Fühlung mit den Fischschwärmen, die auch irgendwo ziehen mußten — auch ihn zog es nach Osten. Nach Osten zog es. Er sagte zu niemand ein Wort, aber irgend etwas mußte er jetzt unternehmen.

Es schneite ohne Wind. Auf den Dächern der Häuser häuften sich Berge von weichem Schnee an. Die Schiffe im Hafen wurden untermilchig, es schneite Tag und Nacht.

Eines Abends nahm Kristaver Per Suzanla mit vor die Hütte. Sie sprachen eine ganze Weile leise miteinander. Dann verflüchtete er seine Leute unten am Boot. Später mußten noch allerhand Kleinigkeiten aus der Hütte an Bord geschafft werden. Heute abend wollten sie früh schlafen gehen, die Leute von der Robbe.

Es schneite noch immer. Das Meer dröhnte, aber es war so windstill, daß Klippen und Berge zu lauschen schienen. Und als die Lichter ausgeblüht wurden und der Fischerplatz im Schloße lag, fiel der Schnee nach dichter, weiß, lautlos. Er häuften sich auf den Wegen an, schichtete Dünen auf Dächern und an den Mauern auf, verwandelte Treppen in Hügel. Boote und Schiffe lagen so still, daß der Schnee sich auf den Masten, auf Stenen, Bugspriet und Ruderschollen aufstürmen konnte. Die Hofenlichter beleuchteten Takelage und Tawe, die weiß bestreut waren. Da lagen die mächtigen Galeassen und die Nordlandjachten, weißes Spitzengewebe legte sich auf die Takelage, sie wurden so schlank und jung, alles wurde so weiß, so jungmädchen schön, überall wuchs im Scheine der Laternen etwas Schlanges empor wie in einem leichten Brautkleid. Diese Meerplüße, die nach Tran und Teer und Fischen rochen, lagen jetzt hier und schmückten sich, immer mehr sanken sie in ein Märchen hinein. Da waren Masten, die genau ausgaben wie Kirchturmspitzen, und jetzt nur warteten, daß ein Silberglocken erklingen und das Ganze einsegnen solle.

Dann und wann gab es ein Aufklappen im Wasser

neben den Brücken, — der Schnee war von einem schrägen Dach herabgestürzt. Der weiße Schnee und das salzige, graue Nordmeer vereinigten sich dort unten, einen Augenblick schwamm der Schnee noch oben, noch schimmernd weiß, aber dann wurde er grauer und immer grauer, während er verjant und verging.

Aber eine Stunde nach Mitternacht regte sich etwas auf den Klippen. Männer kamen im Dunkeln daher, einer nach dem anderen, das war Kristaver mit seinen Leuten. Sie gingen lautlos, ja, in jeder Hand trugen sie einen Wasserstiefel und hatten einen Sod mit Beiten unter jedem Arm. Sie warteten auf Socken durch den Schnee, damit keine Menschenferle etwas hören sollte. Keiner sagte ein Wort. Die Vorratskisten waren schon im Boot. Aber jetzt hieß es: An Bord zu kommen. Die Tolle ruderten sie vorwärts, indem sie mit den Händen paddelten. Ein Ruder kann freischn. Und da liegt die Robbe vor Anker wie ein weißes Paradies. Sie gehen vorsichtig an Bord, haben aber nicht Zeit, die Stiefel anzuziehen. Jetzt heißt es, sich davonzumachen — ungehört, ungesehen. Man kann wohl seinen Paß wechseln, aber man kann eben so leicht hunderte von Booten im Kielwasser haben. Per Suzanla allein wußte Bescheid.

Als sie den Anker lichten, begann das Boot seinen Schmut abzuwerfen. Weiß rickelte und rickelte er auf die sechs Schwelmer nieder. Das Boot selbst war halb voll Schnee, aber das konnte man ein andermal reinigen. Die Ruder wurden ausgelegt, aber vorher waren weiße, große Wellenbänke in die Dollen gelegt, damit man lautlos rudern könne. Jetzt begann das Boot zu gleiten. Vorbei an Schiffen mit gelben Laternen am Mast, so daß die Robbe noch einen Teil des Aufpuges auf der Takelage zeigen konnte. Je weiter sie hinaustamen, desto kräftiger legten die Ruder aus. Schließlich holten sie die Ruder ein und zogen die Stiefel an. Raß waren die Strümpfe geworden, aber das muß ein Seemann aushalten. Dann wurde der Schnee mit Eimern und Schöpfgefäßen entfernt, und endlich konnten sie auf Wind und Wetter achten. Sie wollten nach Osten. Wind hatten sie nicht, und Meer und Strömung waren ihnen ungünstig. Allerdings, aber sie mußten irgendwohin — ostwärts. Folglich mußten sie rudern.

Sie ruderten. (Fortsetzung folgt.)

